

Die „Weltwacht“
erschient wöchentlich 1 Mal
und ist durch die
Korrespondenz, den Gewerkschaften, die
Wochenschrift Nr. 250,
den Wochen Nr. 21,
durch die Postbezugs Nr. 250,
für das Jahr Nr. 250,
im Jahre 1906 am 1. Okt. 1906.

Wolkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortungsvoll
beruht für die verantwortliche
Verantwortung über dem Namen
des Herausgebers für den Inhalt
der Veranlassung der
15. Nummer.

Telephon
Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Dr. 103.

Donnerabend, den 5. Mai 1906.

17. Jahrgang.

Zur Lage in Oesterreich.

Man schreibt uns aus Wien:

Baron Gautsch ist gegangen, da der Polenklub seine Vorschläge abgelehnt hat, doch dürften die, die ihn gestützt, ihres Sieges wenig froh werden. Gefeigt haben sie über Gautsch, aber nicht über die Wahlreform. Die Ursachen der Demission sind politische, aber nicht die Motive. Nur Gründe persönlicher Art zwangen den Ministerpräsidenten, das Werk, das er begonnen, im Stiche zu lassen, nicht aus Kleinmütigkeit der Verzagtigkeit, nicht aus Zweifel am Sieg der Idee, denn schon vor Monaten hat er verkündet: „Perfektion gehen, aber Ideen bleiben.“

Die Würde des Amtes niederlegte, so geschah es nur deshalb, weil er den durch Lunge Krankheit geschwächten Körper den Anstrengungen, nicht gewachsen glaubte, die der Kampf gegen die Schlächter aller Nationen nun erfordert. Er verließ nicht das Werk, sondern überließ es nur einem jüngeren und kräftigeren Nachfolger, der mit Rücksichtslosigkeit zu Ende führen wird, was auf dem Wege des Kompromisses nicht von statten ging. Dafür bürgt schon die Persönlichkeit des Ertrötenen, zwar der Abkunft nach ein Prinz aus höchsten Regionen, doch im Denken und Fühlen, in Bestimmung und Tat verwandt mit dem niederen Volke, von seinen Klassenangehörigen darum von jeher als roter Prinz gescholten. Und nicht ganz mit Unrecht verdient der künftige Ministerpräsident, Prinz Hohenzollern, diesen Namen. Schon im Anfang seiner Laufbahn, als Bezirkshauptmann in Böhmen, erwarb er sich die Sympathien aller Bevölkerungsklassen, auch der ärmeren Schichten, auch der organisierten Arbeiterschaft. Als große Streiks in seinem Bezirke ausbrachen, brachte er Einigungsverhandlungen zustande und setzte sich bei diesen in energischer Weise für die Forderungen der Arbeiter ein. Bei einer großen Elementar Katastrophe half er selber wertvoll bei den Rettungsarbeiten und rettete mit eigener Gefahr eine Mutter mit ihrem Kinde. Entgegen allen bürokratischen Gepflogenheiten stand sein Sprechzimmer allen Anfassern seines Amtesbereiches ohne Anmeldung offen. Später wurde er oberster Beamter im östlichen Lande Oesterreichs, in der Bukowina. Dort, wo die verschiedenen Grade der Beamenschaft sich nur um die Summen unterscheiden, für die sie zu kaufen sind, bemühte er sich, die Verwaltung von Korruption zu säubern und unter seinem Regime gab es zum ersten Male freie und reine Landtagswahlen, die trotz des elenden Wahlrechts eine freisinnige Mehrheit ergaben. Dadurch wurde er den benachbarten Polen ein Dorn im Auge, und bald vertrat sie seinen Posten mit dem eines Statthalters in Trieste, wo sein Vorgänger ebenfalls große Verwirrung zurückgelassen hat, wo unter dem Schutze der Polizei sich anrüchliche Menschen zu einer Patriotenpartei zusammenschlossen hatten und hierdurch das Recht zu Verbrechen zu haben glaubten, (wie gerichtlich erwiesen wurde) in einem

Land, wo der größte Teil der Bewohner den Tag herbeisehnte, der sie von Oesterreich befreien sollte. Nur wenige Monate hat der Prinz hier zugebracht; aber auch hier soll er es verstanden haben, sich durch tatvolles Benehmen das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen.

Nach dieser Vorgangenhelt kann sein weiteres Vorgehen nicht zweifelhaft sein, zumal es bekannt ist, daß er sich schon vor längerer Zeit als Freund des allgemeinen Wahlrechtes bekannte, zu einer Zeit, wo in den maßgebenden Regionen niemand daran dachte. Daß er den Weg des Kompromisses noch einmal beschreiten wird, ist nicht anzunehmen, nachdem sein Vorgänger daran gescheitert ist. Es wird nur nötig sein, sich mit den demokratischen Mitgliedern des Polenklubs ins Einvernehmen zu setzen, um die Schlächter zur Raison zu zwingen. Ihre Macht beruht nur auf den Bajonetten der Gendarmen, die ihre Ausbeutung schützen. Wenn sie sehen werden, daß es ohne sie, wenn nötig auch gegen sie, geht, werden sie bald einlenken. Eine Auflösung des Parlaments wäre wohl überflüssig, auch würde eine Neuwahl auf Grund des Privilegienwahlrechts nur verbittern und vergiften wirken, würde aber freilich trotz der Kurien zum Ziele führen, wenn ein energischer Statthalter in Galizien für christliche, unbeeinträchtigte Wahlen sorgte. Es wäre aber doch seltsam, wenn es erst zu Neuwahlen kommen müßte, nachdem alle Völker sich fast einmütig für die Reform erklärt haben. Es wäre doch unerhört, wenn der Wille aller Nationen im Verein mit der Krone nicht hinreichend, um den übermühtigen Trotz der polnischen, deutschen und böhmischen Junker zu brechen. Doch mag kommen, was da will; das Proletariat ist entschlossen, sich sein Recht zu erkämpfen. Das hat auch die Minister bewiesen, die glänzend verlief und trotz des ungünstigen Wetters eine weitaus zahlreichere Beteiligung aufwies, als in den vorhergehenden Jahren. Doch näheres hierüber, sobald genaue Berichte aus allen Teilen des Reiches vorliegen.

Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“, die sich in einem Leitartikel mit dem Prinzen Hohenzollern und der Wahlrechtsfrage beschäftigt, schreibt:

„Prinz Hohenzollern kann seine Aufgabe der Wahlreform nur lösen, wenn der boshafte Widerstand der Schlächter gegen die Wahlreform gebrochen wird. Die Ausschichten, ihn zu brechen, sind ungleich größer, wenn der neue Minister die „Brechung“ zur Bedingung seiner Regierung macht. Das Schlächtervolk wird seinen Widerstand nur dann und erst dann aufgeben, wenn es erkannt haben wird, daß er ebenso nutzlos als für sie gefährlich ist. Wohl, man vermittele ihnen diese „Erkenntnis“ ohne Zögern! Die Arbeiterklasse, die am Tage ihres glorreichen Manifestes ihren unerschütterlichen Entschluß, für die Wahlreform jeden Kampf zu wagen, von neuem und in sehr deutlicher Weise bekräftigt hat, nimmt gern an, daß Prinz Hohenzollern von dem Bewußtsein der Wahl-Re-

form tief durchdrungen ist. Aber angesichts des ungeheuerlichen Spieles, das von den Schlächterschwindlern mit der Reform bisher getrieben worden ist, erhebt sie nachdrücklich die Forderung, daß nun, wo das Werk bis fast an die Spitze des Berges gebracht, dem Popanz dieses Widerstandes der Garauz gemacht wird. Das Volk, der Staat, das Parlament, sie alle brauchen die Wahlreform: ist die Forderung unbillig, daß sie nun ohne Säumen erledigt werde? Wie lange soll die Post der unvollendeten Reform auf Oesterreich ruhen? Was geschehen muß, geschieht am besten sofort, und so erwarten wir von dem Prinzen Hohenzollern, daß er die Bedingungen, unter denen das Werk am sichersten zum Ziele geführt werden kann, sorgfältig prüfe und nichts versäume, was nicht oder nur mit Gefährdungen nachgeholt werden kann. Ganz Oesterreich blickt auf den neuen Mann, das Auge der Geschichte ruht auf ihm, in einer großen Zeit gelangt er vor das größte Werk. Es ist mit einem Satz zu sagen, was man von ihm denkt: daß er, übernimmt er die Aufgabe, daß für ihn gilt, daß die Wahlreform ohne längerer Zögern durchgeführt wird!

Politische Uebersicht.

Die Polizeiwilke auf der Anlagereise. Die Regierung des gefürsteten Reichskanzlers hat an dem Geburtstage ihres Leiters eine der schwersten jener Niederlagen erlitten, die das charakteristische Merkmal der Vera Dilow bildet. Sie ist in einer parlamentarischen Schlacht schwer auf's Haupt geschlagen worden. Das Spiel, das unter Dilows Regide die unterschiedlichen Polizeipräsidenten von Berlin und Vororten gegen russische Flüchtlinge ins Werk gesetzt haben, fand auf keiner Seite des hiesigen Verteidiger, wenn man nicht ein paar antisemitischen Nullen und dem rabauwütigen Herrn v. Didenburg der Gefallen tun will, sie ernsthaft zu nehmen. Wie bekannt, hatte unsere Fraktion eine Interpellation über die massenhaften Ausweisungen von Russen aus Berlin und Umgegend eingebracht. Graf Besoldowski war erschienen, aber nur, um zu erklären, daß sein hoher Chef die Verantwortung ablehnt. Eine Zeitlang zierte auch der bekannte kapitalistische Schönfärber Rheinbaben die Ministerbank, aber nur, um bald zu verduften und den Kollegen Poladomsky mitzunehmen. So starrte der Bundesratspräsident in gähnender Leere, als Genosse Debel mit altgewohntem Feuer seine wuchtige Anlagereise hielt. Die Berliner Polizeimuffis sind auf einmal Sanatiker der Gleichheit geworden, so daß Nobespierre und Janit Just sich vor Neid im Grabe umdrehen könnten: unterschiedslos schwingen sie ihre Ausweisknute über arm und reich, Männlein und Weiblein, Studenten und Arbeiter, über eiskraue Dienstmägde und schwerreiche Holzhändler. Selbst Millionen entlasten nicht von dem schweren Verbrechen, russischer Jude zu sein. Ein russischer Jude findet vor den Augen der preussischen Polizei nur dann Gnade, wenn er sich zu ... Spigeldiensten hergibt. Dann bekommt

Ich bekenne.

Die Geschichte einer Frau.
Von Clara Müller-Jahne.

7] (Nachdruck verboten.)

Die Jahre hatten eine baulsamer, blaue Frau aus ihr gemacht, so wie ich ein alterndes, blaues Mädchen geworden war. Ihr Mann war Geistlicher.

Ich sagte es Dir schon: der junge Max aus ihrem Heimatsort, der ihren Vater in seinem letzten Lebensjahr vertreten hatte.

Das erste Kindchen war ihnen gestorben; dann hatte sie zweimal Fehlgeburten gehabt, die ihr die Frische von den Wangen genommen und den Glanz in den Augen gelöscht hatten. Und nun wollte ihr Mann so gerne einen Sohn haben, einen Erben.

Er wollte noch mehr. Die kranke Frau hielt zitternd meine Hand, und der alte, süße Schimmer wollte noch einmal in ihren Augen aufglänzen, als sie draußen in der dunklen umhüllten Jasminlaube zu mir sprach, mir das Elend ihrer Ehe enthüllte.

Er wollte noch mehr: Befriedigung. Eine volle Befriedigung seiner starken Sinnestriebe. Eine Befriedigung, die er als Geisteskranker außerhalb der geordneten Bahnen nicht suchen durfte, und die er nun suchte bei dem blauen Weibe, das sich, zitternd vor seiner Eier in die entferntesten Ecken ihrer ehelichen Wohnung schüchelte.

Ihrem Gatten zu gehorchen, war ihre „Pflicht“. Und sie wäre kein braves, christliches Eheweib gewesen, wenn sie sich ihm verweigert hätte.

„Nimm die Faust und schlag ihm ins Gesicht!“ sagte ich auf.

Da erlosch der schichtige Schimmer in ihren vergrämten Augen. Ein schwerer, gehörter Blick lag an mir vorbei.

„Set mich, sei still,“ bat sie leise. „Du verstehst es nicht. Wilma: o Gott, das verstehst Du nicht!“

„Doch,“ sagte ich empört, „Du wollst nur nicht verstehen. Laßt Euch aussagen die auf den letzten Tropfen Blut! Mit den Nägeln wehe Dich, wenn es nicht anders geht!“

„Der Stachel, Wilma — und — und heßt Du: ich würde ihn aus dem Hause treiben!“

Nun kam mir ein Lachen in die Kehle. Ich schluckte es aber hinab. Da gab es keine Hilfe mehr.

Die Seele hat dem auch die erhoffte Wirkung gehabt. Marie hat einem Knaben das Leben gegeben nach neuromantischer Freiz.

Und nach abermals Jahresfrist einem Mädel. Und nach abermals Jahresfrist ist sie gestorben. An Entkräftung, an allgemeiner Auflösung. Sie hat noch einmal an die See gewollt, die ihren ersten Mädchenträumen ein so süßes Weid gesungen. Aber die Ärzte haben sie nach Eger geschickt.

Aus dem Böhmerlande kam sie als eine Sterbende heim. Und fern in Schleißen lebt ein kleiner Junge, für den mein Name als Schutzengel in das bleibende Kirchenbuch eingetragen steht. Ich habe Mariens Sohn noch nie gesehen. Wenn aber mein Weg mich einmal an Ribegahls Gebiet vorbeiführen sollte, so will ich einen Weiskensknack auf das Grab legen und dem Knaben weihen, wie mit mütterlicher Hand über das blonde Haar streichen.

Die noch Marie hinüberging, hatte ich einen anderen zu Grabe zu geleiten: Albrecht.

Sie sagten, er sei am Sturfmahn gestorben. Sie brachten ihn in die Heimat seiner Frau und begraben ihn auf dem Nänensriedhof am Dörfestrand.

Ginter einem blätterlosen Dornesträup, am Wege stand ich, als sie ihn vorbeitrugen. Müllermuffel voran! Dann ein lorbeergeschmückter Sarg, dem lange, weiße Altarschleifen herabwallten ... und das alles: die Trauerspitzen, die Altarschleifen, die Kreppschärpen und Vorbeerkränze, raschelten und flatterten und flogen im schneidenden Oktobersturm.

Nach all die Jahre, die ich durchkämpft oder vegetiert hatte, verwehten wie die Blätter von dem Eigendamm über mir. Als habe eine Fee mich mit dem Zauberstab berührt, so dämmerte mir's: ich war ein fünfzehnjähriges Kind geworden.

Ich hätte die Reihe der Leidtragenden durchbrechen, hätte mich auf den Sarg klagen und den Toten herausreißen mögen an meine heiße, verlangende Brust; in die Ohren, die nicht mehr hören, hätte ich ihm schreien mögen:

„Du, ich habe Dich geliebt! Warum hast Du es nie gemußt?“

Ich, ich war so schön geworden, daß ich bester Ansehens nicht tat; ich griff mir heimlich in das Dornesträup und ritz mir die Finger blutig. Das sah niemand, — das durfte ich tun.

Dann ging ich heim. Ich hatte meine Kinderliebe begraben.

Die ganze Luft ist grau. Es regnet. Es regnet schon seit acht, seit vierzehn Tagen, ich weiß nicht mehr genau, wie lange schon.

Sie sagen, daß es wieder Winter werden wird. Und ehe das Wasser gefrieren kann, müssen alle Flüsse, alle Bäche und Teiche gefüllt sein mit Tränen.

Dann hat der Winter keine Macht über das Herz der Erde. Der harte Panzer, der sich um die Brust legt, dieser Panzer aus gefrorenen Tränen, schält sie vor dem irdischen Frost.

So hat auch mein Herz seinen Winter schlaf gehalten in einer gepanzerten Brust.

Immer schwächer wurde meine Mutter, immer nervöser und egoistischer, wie es das Alter und die reiflose Sorge so mit sich bringen.

Sie, die es in früheren Jahren mit leichter Freude gesehen, wenn ich in Gesellschaft ging, wenn ich mich amüsierte und lachend und vergnügt zu später Stunde heimkam, sie konnte jetzt stundenlang schmolzen, wenn ich von einem Erholungsstange nicht zur bestimmten Zeit zurückgekehrt war und nicht an ihrem Bette lag.

Zwar wollte ihr liebes, gutes Herz immer wieder die Obethand über die Schwäche des Alters erringen: ich sah, wie hart sie manchmal mit sich selber kämpfte, wie sie zu lachen versuchte, während ihre Augen sich heimlich trüchteten, — aber der Weil hatte mich doch getroffen. Ich schweig und gehorchte ihren Rufen, weil ich fürchtete, ihr wehe zu tun.

Jahre und Jahre, Du!

Das war ja allgemein das Los des Weibes, das Los der unverbesserten Tochter oder im Besonderen.

In der Debe dieser Jahre ist viel in mir zertreten worden.

Ich begann die Gesellschaft zu hassen und der Fesseln willen, die sie mir um die starken Arme schlug. Ich sah unser Dienstmädel nach vollbrachten Tagewerk mit strahlendem Gesicht an den Gartenzaun schleichen, wo ihr Schatz auf sie wartete, — und ich sah nach des Tages schwerer Last im Dämmerdunkel und furchig meiner Mutter das Weid glatt.

Ich hätte nicht wagen dürfen, an den Einad hinaus zu gehen in die mondcheinurchleuchtete Sommernacht: weid sich das für mich nicht schickte.

Und süßte das selbe Blut an die Wangen meiner Eltern hoch und den gleichen Glanz in meinen Augen schlafen, der heiß und stürmisch den Mann umleuchtete, als dieser draußen am Fiedel sein Mädel in die Arme schloß.

Die Natur erwachte in mir. Ganz langsam, aber mit unüberwindlicher Kraft. In meinen Ähren schimmerten die ersten weißen Blüten, als meine ... die Schilddrüse zerriss, und es deren großer Seimlichkeit sie geschlafen hatte die vielen Jahre lang.

Es wollte Frühling werden ... (Fortsetzung folgt.)

er sogar die Taufe gratis bewilligt und eines falschen Weg nach oben dreht. Eine tiefe und andauernde Bewegung ging durch das Haus, als Nebel die eigenartige Verkuppelung von Anwesenheit, Nötigung und Spindel enthielt, bis das neueste Meisterstück Berliner Polizeibeamten bildet.

Die Rolle der komischen Person in dem Drama der Donnerstag-Session hatte Herr von Oldenburg aus Januschau übernommen. Diese schöne Kreuzung zwischen Liebermann von Sonnenberg und dem verflochtenen Bronsart von Schellendorf sorgte für eine heitere halbe Stunde. Der Herr behauptet, unter dem Volke gelebt zu haben. Mag sein; den größten Teil seiner Zeit hat er aber sicher im Pferdehals zugebracht, dessen penetranter Duft seine ganze Persönlichkeit zu umschweben scheint. Ueber die schönen Offenbarungen dieser edlen Zunderkerle ist sonst kein Wort zu verlieren; gewundert hat es uns aber, daß sich niemand unter den christlichen Herren der Rechten und des Zentrums fand, der gegen den geradezu gotteslästerlichen Mißbrauch protestiert hätte, den dieser ost-eibliche Gewaltmensch mit dem Christentum trieb.

Der folgende Redner, der freisinnige Wohl, erhob die Debatte wieder zu einiger Höhe. Er fand kräftige Worte über die politische Treibjagd und verlangte energisch die reichsgerichtliche Regelung des Fremdenrechts. Eine solche verlangt auch der Zentrums-Abgeordnete Spahn, der sich diesmal von seiner besseren Seite zeigte. Eine klägliche Unentschiedenheit offenbarte der Nationalliberale Passermann, der zu gebildet ist, um sich selbst in einem auch nur halbwegs energischen Protest gegen die Ausweisungsorten aufzurufen. Vorteilhaft von dieser Hasser- und Nimmermanniade haben sich die Reden des freisinnigen Vereinigungsmannes Schrader und des Polen Czarlinski ab, die sich im Sinne des Abgeordneten Wohl äußerten. Die Antisemiten Sattmann und Fröhlich freuten sich in ihrem teutschen Herzen über diese neudeutsche Judenverleumdung.

Der Schluss des Tages gehörte dem Genossen Fué. Er beleuchtete die Ausweisungsorten, wie sie im Regeneriv floriert. Das Kapital liebt die auswärtigen Lohnslaven als Werkzeuge, die jeglicher Ausbeutung schuplos preisgegeben sind. Aber wehe, wenn das Menschengefühl in einem solchen aus dem Osten importierten Sklaven erwacht! Sofort ist die Polizei bei der Hand, um den nun einmal lästig gewordenen Ausländer über die Grenze zu expedieren. Die letzten Pfennige seines Lohnes muß der Arme mit sich nehmen, um damit die angedrohte Fahrt zu bestreiten! Nebenbei bekam in Hues Ausführungen die sozialpolitische Gesundheit des Zentrums, wie sie in dem famosen Vergleiche sich offenbart, einen Stieb ab, welcher gut sah, wie Spahns Stragelt bewies.

Die Besprechung der Interpellation war hiermit zu Ende. Am Freitag tritt wieder die steuerpolitische Allgäulichkeit in ihr Recht, indem über die Zigarettensteuer verhandelt werden wird.

Freisinniger Polizei-Mugdanismus. Mit dem deutschen Freisinn ist es ja weit gekommen, aber daß er sich als Anwalt der Breslauer Polizei aufspielen würde, hat man doch wohl nicht für möglich gehalten. Die „Freie Deutsche Presse“ in Berlin bringt dies Kunststück fertig. Es geschieht im Rahmen unfreiwilliger Komik, aber dieser Umstand darf vielleicht im privaten Leben, doch nicht in der Politik als Entschuldigung dienen. Zum Amusement unserer Parteigenossen am Orte wollen wir zunächst wiedergeben, wie sich die Situation der sozialdemokratischen Partei in Breslau im Kopf von Eugen Richter nach. darstellt. Das immer noch führende Organ des linken Freisinnslängels schreibt:

Am Reichstag in Breslau bekanntlich vertreten durch die Abgeordneten und Herrschaften, und von dem letzten wir wissen, daß er eines der Hauptrollen der Revolution ist. So möchte man auch annehmen, daß die deutsche Zentralleitung in Breslau auf einem ernsthaften Standpunkt steht. Das ist indes keineswegs der Fall. Die revolutionäre Rolle, namentlich in der Redaktion der „Freie Deutsche Presse“, haben die Herren keineswegs hinter sich. In ihrer Kontrolle ist außerdem von der Zentralleitung in Berlin ein Ober-Schwarzmacher in der Person des Redakteurs Albert vor einiger Zeit in die Redaktion hineingeschoben worden, und der verhängnisvolle und unermessliche Leiter der Sozialdemokratie in Schicksal Redakteur Brubus ist schon längst nach Oberböhmen abgehoben worden.

Nachdem dieser Beitrag zur sozialdemokratischen Geheimgeschichte der Öffentlichkeit überantwortet worden, wird der „Freie Deutsche“ nachgelagt, daß sie seit Jahr und Tag zu „rupria“ geschrieben habe; ein Vorwurf, der sich in dem freisinnigen Organ für Klein-Kraut gar besonders würdig ausnimmt. Aber lassen wir das, wo die freisinnige Wissenschaft einerschreitet und mit ethnologischen Untersuchungen über den Charakter der Breslauer Arbeiter-Bevölkerung der ... Polizei freundwilligen Beistand leistet:

Zur Hilfe kam ihnen (den sozialdemokratischen „Rupria“), dabei der in der Tat unruhige, sehr bemerkliche Charakter der in ihrer Abfassung stark mit slavischen Elementen durchsetzten Breslauer Arbeiterbevölkerung, die, wie die Geschichte lehrt, zu Krawallen und blutigen Partien weit mehr angelegelt ist, als in irgend einer anderen großen deutschen Großstadt. In diesem Willen ist es deshalb leicht, relativ unbedeutende Vorgänge zu großen Ereignissen aufzubauschen.

Dann folgt eine Verhöhnung des Oberbürgermeisters Bender, an dem im Handumdrehen die Breslauer Arbeiter auch jedenfalls neue Unterdrückung gemacht wird, daß er durch und durch arbeitserfrenndlich sei. Dieser nachsichtige Herr sei von den städtischen Arbeitern in einer Weise behandelt worden, wie es sich kein Privatunternehmer in seinem Betriebe gefallen lasse. Das soll schmeichelhaft für den Breslauer Oberbürgermeister sein, ist aber nichts anderes als eine naturgetreue Photographie des unerträglichen Herrschens der Breslauer Unternehmern.

Auf diesen freisinnigen Pfaden geht es weiter zum Polizeipräsidenten im hiesigen Orte, vor dessen Tür der Berliner Freisinnler diesen Müll hingeworfen hat.

Es war der erste Tag der Session. Eine Anzahl der Abgeordneten, aber auch viel mehr, namentlich polnische

Durcher, ja Weber und Rinder, füllten pünktlich Nachmittags um 6 Uhr bei Schluß der Session den Erlanger Platz, wo die Hauptfabriken liegen, um die Arbeitsschichten zu empfangen. Die „Polizei“ verhielt zwar man habe diesen Arbeitsschichten kein Haar können wollen, aber wir können es verstehen, wenn die Polizei diesen angeblich feierlichen Absichten der in längerer Zeit nach Tausenden abblühenden Menge nicht trauen möchte.

So ungefähr sagen dies die konservativen Söder gegen die Arbeiterschaft auch, und im Grunde nicht einmal mit anderen Worten. Der Mugdanismus im Freisinn betätigte sich bisher gegen die von Arbeitern verwalteten Organisationen. Daß er der Polizei, der Breslauer Polizei in ihren gegenwärtigen Mäßen willkommen Bestand leisten werde, das muß die wenigen demokratischen Elemente im Freisinn erschüttern, empören. Uns soll die freisinnige Bundesbrüderschaft des Herrn v. Oldenburg-Januschau — wir möchten beinahe sagen, willkommen sein.

Das Hamburger Gerichts-drama ist zu Ende und hat, wie zu erwarten war, mit schwerer Verurteilung der Angeklagten geendet. In der Verhandlung wegen der Wahlkrawalle in der Straße Schopenhauer vor dem Schwurgericht sprachen die Geschworenen 4 Angeklagte des Landfriedensbruchs, 15 des Auftrahrs und der Plünderung, 3 der Unterschlagung und 5 der Hehlerei schuldig. Ein Angeklagter wurde für nicht schuldig erklärt. Bei den übrigen wurde auf Strafen von einer Woche Gefängnis bis zu zwei Jahren Zuchthaus erkannt, bei einigen wurde die Untersuchungshaft so angerechnet, daß sie sofort auf freien Fuß gesetzt werden konnten. Wildernbe Umstände wurden 8 Angeklagten zugesprochen. Bei den übrigen besagt die Urteilsbegründung, daß wegen der vieler Vorstrafen eine mildere Strafe nicht Platz greifen konnte.

Ueber die Vorbereitungen zur gesetzlichen Regelung der Seimarbeit findet sich in der ministeriellen „Berliner Korresp.“ folgende Mitteilung:

Der Staatssekretär des Innern wendet der baldigen Regelung der Seimarbeit seine Aufmerksamkeit zu. Bereits im Frühjahr 1906 waren zur Vorbereitung für die Einführung einer allgemeinen Krankenversicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden durch die Referenten des Reichsamtes des Innern in einigen für die Hausindustrie besonders bemerkenswerten Bezirken in den Provinzen Rheinland, Westfalen und Sachsen, im bayerischen Regierungsbereich Oberfranken, im Königreich Sachsen und im Herzogtum Sachsen-Meiningen Erhebungen veranstaltet worden. Im Verfolg der Berliner Seimarbeitsausstellung hat Graf Polakowsky namentlich Veranlassung genommen, nach Vereinbarung mit den beteiligten Bundesregierungen für weitere Erhebungen der Hausindustrie örtliche Untersuchungen durch seine Referenten stattfinden zu lassen. Die diesjährigen Erhebungen werden sich vorzugsweise auf handindustrielle Betriebe in Mittel- und Süddeutschland erstrecken, und zwar namentlich auf solche Gewerbezweige, die sich in besonders gedrückter wirtschaftlicher Lage befinden. Bei diesen Erhebungen sollen — wie auch im Vorjahre — mit den Hausgewerbetreibenden und deren Auftraggebern, mit den beteiligten Verwaltungsbehörden und Gewerkschaftsbeamten, mit Geistlichen, Ärzten, Lehrern und anderen geeigneten Anstaltspersonen Erörterungen über die Beschäfte- und Lohnverhältnisse der Hausindustriellen stattfinden. Außerdem wird auch den Wohnungsverhältnissen und der Beschaffenheit der Arbeitsräume der Hausgewerbetreibenden besondere Beachtung geschenkt werden.

Der gute Wille des Grafen Polakowsky, dem hier schon einige Vorstuforderungen verabreicht werden, in allen Ehren — aber wenn nicht auch die Mithilfe der Arbeiterschaft selbst an der Beseitigung des Elends der Seimarbeit mit herangezogen wird, wenn das bisherige Schmedentempo der Sozialpolitik — wie in zahlreichen anderen Fragen — die „ernsthaften Bemühungen“ aus Erwägungen und Erhebungen nicht herauskommen läßt, wenn vor allem die fiskalische Bureaucratie sich weiterhin so in Engstirnigkeit und Knickerei gefallt wie bisher, dann werden die ausgemergelten und abgerackerten Hungerklaven der Seimarbeit bis auf den letzten zu Grunde gegangen sein, bevor ihnen von der Regierung die dringend erforderliche Hilfe wird.

Zum Volksschulgesetzentwurf erklärt die „Germania“, die Stimmhaltung des Zentrums in der Kommission begründe sich darauf, daß die schweren Bedenken der Partei gegen verschiedene Bestimmungen, insbesondere gegen den Abschnitt 4 über die konfessionellen Verhältnisse der Volksschulen, durch die Kommissionsbeschlüsse nicht beseitigt worden sind. Das Zentrum war in der für seine demagogischen Zwecke sehr vorteilhaften Lage, sich seiner Stimme enthalten zu können, da andere Parteien seine Geschäfte besorgten. Inbezug auf die Schulklassen-Vorlage gibt die „Köln. Ztg.“ gegenüber den neulichen Erklärungen des Kultusministers und der Konservativen die Parole aus, mit der Beteiligung der Nationalliberalen an dem Gesetz sei es „nun zu Ende.“ — Natürlich nur bis zum nächsten Unfall.

Das Abgeordnetenhaus verhandelte zunächst über den von Vertretern aller Parteien unterstützten Antrag Schäfers (natürl.) nach welchem die Beschäftigungsbestimmungen über das Schulwesen — Art. 26 und 111 — so gefaßt werden sollen, daß auch Einzelheiten bei bestehenden Schulgesetzen geändert werden dürfen. Der Antrag hat seine Ursache in den verfassungsrechtlichen Bedenken, die bei der gegenwärtigen Schulgesetzvorlage die rechtliche Änderung auf dem Gebiete des Volksschulwesens entstanden sind. Der Antrag wurde nicht der Schulkommission, sondern einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Diese wurde die verfassungsmäßig vorgeschriebene nachmalige Abstimmung über die Vorlage vorzunehmen, wobei die Vertreter der beiden freisinnigen Parteien, die Abgeordneten Eberhard und Proemel noch einzeln ihren ablehnenden Standpunkt gegen die Vorlage vertraten. Schließlich wurde der schon im Herrenhaus angenommene Gesetzesentwurf, der die Einführung einer Beschäftigungsfrist für weibliche Schullehrer vorsieht, aber zunächst nur für die Provinz Brandenburg Geltung haben soll, in erster Lesung beraten und einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Konservativen und Zentrum waren mit dieser neuen agrarischen Vorlage einverstanden. Die Vertreter der beiden freisinnigen Gruppen, der in Sagen für Eugen Richter nennenswerte Abg. Eiser und der Abg. Proemel opponierten der Vorlage, die schließlich nur dazu bestimmt ist, den Agrariern bei der Beschäftigung ihrer Witwenkinder von Staatwegen zu helfen. Die Nationalliberalen nahmen eine ablehnende Stellung ein. Der Redner, der Abg. Eiser, erklärte, daß seine Partei sich erst für oder gegen die Vorlage entscheiden wolle, wenn die Kommission ihre Arbeiten beendet

hätte. — Wegen des die erste Beratung des Wahlrechtsabwollage auf der Tagesordnung.

Die Wahl Dietrichs gültig. Auf Grund eines Wahlprotokolls hatte die Wahlprüfungskommission die Wahl des konservativen Abgeordneten Dietrich im Wahlkreis Ruppin-Zempin beanstandet und Wahlsergebnisse beantragt. Die Erhebungen haben ergeben, daß die Wahlsergebnisse in Ruppinthal und Wollitz ungenügend waren, so daß das Wahlsergebnis nicht gewahrt war. Die Kommission beschloß deshalb, den Wahlakt in beiden Orten zu fallieren. Ferner wurde einseitig festgestellt, daß fünf Bürgermeister und drei Amtsbekleiber unter Beifügung ihres Mittels einen Wahlaufsatz für Dietrich unterzeichnet hatten. Zunächst berechnete die Kommission, ob bei Fälligung der für Dietrich in jenen Orten abgegebenen Stimmen die Mehrheit für Dietrich besteht. Da das nicht der Fall war, wurde die Frage erörtert, ob die Kandidatur Dietrichs infolge dieser Vorgänge als eine offizielle zu betrachten sei oder ob die unzulässige Beeinflussung einen Umfang angenommen habe, die zur Unzulässigkeitsklärung führen müßte. Trotzdem auf den Beschluß des Plenums im Falle Pauli-Oberbarnim hingewiesen wurde, beschloß doch die Mehrheit der Kommission, die Wahl Dietrichs für gültig zu erklären. Ob das Plenum diesen Beschluß akzeptiert, wird sich zeigen.

Die Steuerkommission des Reichstages beredete die Beratung der Reichsfinanzreform und verlegte sich bis zum 9. Mai.

Die Reichstagsabgeordneten. Die Diktator-Kommission des Reichstages führte am Donnerstag die Beratung des § 2 zu Ende; es wurde nach dem Zentrumsantrage das Budget für 1907 bei einer Sitzung oder namentlichen Abstimmung von 30 Uhr auf 10 Uhr herabgesetzt. Im § 4 wurde die Vorschrift über die Eintragung des Namens in die Anwesenheitsliste abgelehnt und das folgende: „Die näheren Bestimmungen über die Art der Nachwekung der Anwesenheit der Mitglieder im Reichstage erläßt der Präsident.“ Wer bei einer Abstimmung fehlt, ist als abwesend zu betrachten, auch wenn er in den Präsenzlisten eingetragen ist. Die weitere Beratung wurde vertagt.

Ueber die Finanzverschleierungsmittel beim Bau des Berliner Schandpfeils haben die Freisinnigen im preussischen Dreiklassenparlament eine Interpellation eingebracht.

Abgewiesen wurde vom Gericht in Essen die Klage des Bergmeisters Engel gegen den bergbauischen Verein auf Rechtung ungültigkeit seiner Amtsenthebung.

Die Veröffentlichung von Strafverurteilungen durch rote Anschläge an den Anschlagplätzen soll, wie Justizminister Bielefeld erklärt hat, nur in wichtigeren oder besonders gearteten Fällen erfolgen. Anlaß dazu hat eine Beschwerde des Deutschen Fleischerverbandes darüber gegeben, daß die Veröffentlichung eines Berliner Fleischermeisters wegen Verurteilung von Preßverleumdung auf Anordnung des Gerichts an den Anschlagplätzen veröffentlicht wurde.

Die Reichstagswahl im Kreise Altona-Flersbom wurde auf den 27. Juni festgesetzt.

Der Bundesrat hat dem Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung des Bauverordnungen und betreffend die Regelung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen sowie des allgemeinen Fahrverkehrs hinsichtlich des Auswechslens der Führerurteile zugestimmt.

Ausland.

In der Komplotaffäre in Frankreich läßt sich der „Borodäris“ aus Paris berichten: Die Komplotaffäre erregt sich immer heftiger als ein strapaziöses Wahlmanöver. Die Merkanten hatten der Regierungspartei die Wahlversichter verweigert, indem sie den Wählern unausgesprochen die Ohren trommelten: „Die Revolution kommt!“ Die Regierung übertrumpft nun diesen Schwindel, indem sie verkündet: „Das mit der Revolution stimmt, aber die Merkanten haben die Revolution besteuert.“ Die „Beweise“ der Regierung werden ungefähr so viel wert sein wie die ihrer Gegner. Man weiß heute schon, daß der am stärksten kompromittierte, der Graf Wearegard, ein alter Narr ist. Der „Ratin“, der vom Ministerium des Innern bedient wird, bringt wohl ganz interessante Aktenstücke zur Veröffentlichung, die aber mit dem angeblichen Komplot nicht das geringste zu tun haben. Es sind mehrere bei einem Hofen vorgefundene Aktenstücke, die republikanische Offiziere betreffen, ein genaues Gegenstück zu den von den Freimaurern geleisteten, die die Bestimmungen und die Lebensführungen der Merkanten Offiziere behandeln. Daß aber in der Armee neben der antiklerikalen eine heftige Spionage besteht, ist längst bekannt, wenn auch die Veröffentlichungen des „Ratin“ die Gewissheit der von den Hofen freunden inszenierten Ermittlungskampagne offenkundig machen. Doch wo ist bisher auch nur das kleinste Anzeichen dafür gefunden worden, daß die Komplotaffäre der Arbeit der Merkanten zusammen operierte? Und wo ist die „Verständigung“? Wie kann die Regierung ihre rechtswidrigen Hausdurchsuchungen verteidigen? Ihr plumpestes Vorgehen dabei beweist, daß sie selber nicht an die Verstandigung glaubt! Der Demokrat Clemenceau hat noch vor kurzer Zeit lange Artikel über den Schurz der persönlichen Freiheit gegen Justizwillkür geschrieben. Jetzt regiert er nach absolutistischen Manieren. Die Justiz ist wieder hergestellt. Die Polizei sängt mißliebige Druckereien auf der Bahn und auf den Plätzen auf. Die Postbeamten haben sich dieser Lage zu der Erklärung veranlaßt gesehen, daß sie die ihnen gestellte Zumutung ablehnen, Druckchriften anzuhalten und so Polizeidienste zu leisten! Wer aus dem mit so wenig edlen Mitteln geführten Kampf zwischen den Merkanten und der Regierung als Sieger hervorgeht wird, läßt sich schwerlich sagen. Sicher ist wohl, daß der Merkanten Presse vor den Wirkungen der Kampagne selbst bangen zu werden beginnt und daß sie seit ein paar Tagen absteigelt. Die Rassenstürze der reichen Bourgeois in die Provinz und nach dem Süden entföhrt nämlich gerade den rüchrichtlichen Kandidaten Wähler. Die Merkanten Reaktionen haben die Dummheit ihrer Väter nicht in allen ihren Wirkungen berechnet.

Ein weißer Haube. Anlässlich der Unruhen in Paris trat am Montag Abend der Infanterie-Leutnant Kifferant de Lange in feierlichem Anzuge in den Streiksal in der Arbeiterstraße und hielt vor 1500 Mitgliedern der Vereinigung der Syndikate eine Ansprache, in der er die Versammlung bat, am 1. Mai keine Kundgebung zu veranstalten, und erklärte, daß er Sozialist sei. Er führte unter anderem aus, daß er Sozialist infolge der Wladeten geworden sei, unter denen die republikanischen Offiziere zu leben hätten. In Veranlassung der Frage, was er tun würde, wenn ihm der Befehl erteilt würde, auf das Volk zu schießen, empfahl er den Arbeitern, die Ruhe zu bewahren und einen Zusammenstoß zu vermeiden. Was ihm anbetreffe, so werde er nicht das Blut seiner Brüder vergießen lassen, und diese Meinung werde von vielen seiner Kameraden geteilt. Er würde sich energisch weigern, „Feuer“ zu kommandieren. Beim Verlassen des Saales wurden ihm von den Anwesenden Ovationen dargebracht, und dann wurde er verhaftet. Inzwischen hat, wie gemeldet wird, Präsident Fallières bereits das Dekret unterzeichnet, das seine Entfernung aus dem Heere anordnet.

Der sozialistische Schrecken. Die Furcht, dem Sozialismus eine wenn auch noch so kleine Konzession zu machen, ist kürzlich wieder einmal recht heftig im nordwestlichen Norwegen zu Tage getreten. Die Mehrheit des Landstings und Sozialistisches machte auf Grund eines Votums des Abgeordneten

Castberg, der dem Komitee zur Begutachtung vorgelegt hatte, den Vorschlag: Die Regierung aufzufordern, eine Untersuchung über die Frage zu veranlassen, in wie weit von Staats wegen Maßnahmen getroffen werden können: 1. zur Beschäftigung von Arbeitlosen mit Landarbeit, unter anderem in dem Staat oder den Kommunen zu errichtenden Arbeitskolonien; 2. Unbemittelten den Erwerb von Land zu erleichtern und damit zur Bodenkultur beizutragen. Dasselbe Komitee hatte sich diesem Vorschlag der Komitteesmehrheit angeschlossen, dabei jedoch ausdrücklich erklärt, daß das einzige wirksame Mittel zur dauernden Abhilfe der Arbeitslosigkeit die Erleichterung von Arbeiterkolonien wäre, die auf Rechnung des Staates oder der Kommunen betrieben würden, und daß es unmöglich sei, die großen sozialen Aufgaben, welche die Grund- und Bodenfrage in sich schließt, zu lösen, ohne ein Gesetz zur Expropriation an befähigten, aber vom Eigentümer nicht benutzten Land zu geben. Selbstverständlich war das Störing weit davon entfernt, der Auffassung des Komitees beizustimmen. Sogar der Vorschlag der Komitteesmehrheit als eine gefährliche Annäherung an den Sozialismus. Nur die Einleitung und der erste Passus des Vorschlags wurde unbeanstandet angenommen, und zwar mit 67 gegen 48 Stimmen; der letztere Passus wurde in der vorgeschlagenen Fassung mit 63 gegen 52 Stimmen verworfen, danach jedoch mit den einschneidenden Worten: „Ohne das private Eigentum zu verletzen zu können“, angenommen. Mit diesem Beschlusse hat das Störing ausgesprochen, daß ihm das Privateigentum aber auch als das Wertvollste gilt, das auf keinen Fall verletzt werden darf; selbst wenn die Arbeitslosigkeit noch so große Opfer fordert.

Goldene Ehrenmedaille hat der französische Präsident Fallières an 27 Mann der deutschen Rettungsmannschaft verliehen, die sich durch mutiges Verhalten bei der Katastrophe von Courrières ausgezeichnet haben. Dies ändert jedoch nichts daran, daß die Schuldigen der Katastrophe, die Kapitalisten, von Seiten der Staatsgewalt und Staatsautorität, die sich in der Person des Präsidenten befinden, auf Schonung gerechnet.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 4. Mai.

Die Ereignisse in der Nikolaiorstadt

haben, wie wir schon mehrere Male festzustellen in der Lage waren, in allen deutschen Landen das lebhafteste Echo der Sympathie und des Mitleids unter der Arbeiterschaft erweckt. Nach Halle, Reinitzdorf, Bamberg und München folgen jetzt Dresden und Greppin, wo die Arbeiterschaft in großen Volksversammlungen gegen die Blutaffäre des 19. April scharfsten Protest erheben will.

Überigens gibt jetzt sogar das „Berliner Tageblatt“, das vorher nichts Besseres zu tun hatte, als über die sozialdemokratische Hysterie aus Anlaß des Bismarckfalles zu schmähen, zu, daß sich „leider“ herauszustellen scheint, daß die Heldentat eines Schuhmannes sich wirklich so zugetragen hat, wie es von den Sozialdemokraten behauptet wurde.

Der Ueberraschungen

haben uns die letzten Tage schon gar viele gebracht, so daß wir es uns eigentlich abgewöhnt haben müßten, uns überhaupt noch über etwas zu wundern. Indessen immer noch müssen wir Unbegreifliches für unmöglich gehalten erleben. Man höre und staune! Wie die „Dresl. Morgenzeitung“ in Erfahrung bringt, soll gegen den armen Bismarck, der polizeilichem Uebertreter den Verlust der linken Hand verbant, nun obenrein noch tatsächlich die Untersuchung eingeleitet worden sein. Man faßt sich unwillkürlich an den Kopf, wie denn so etwas nur möglich ist. Aber diese Untersuchung, wenn sie sich bewahrheiten sollte, wird vielleicht das eine Gute haben, daß nun wenigstens auch nach dem Schuhmann energisch gefahndet wird, der doch im Falle einer Anklage gegen Bismarck als Hauptzeuge gebraucht würde. Wie übrigens dieselbe „Morgenzeitung“ erfährt, ist dieser Schuhmann bereits bekannt, zwar nicht der Polizei, sondern den Anwohnern der Gabiylstraße. Auch der Name des Mannes ist der Redaktion genannt worden, sie will ihn aber bis auf weiteres nicht nennen. Vielleicht entschließt sich die „Morgenzeitung“ im Interesse des Bismarck, das aber hier zugleich ein allgemeines Interesse der Öffentlichkeit ist, nun doch nach dem Namen zu veröffentlichen oder ihre Gewährleute dazu zu veranlassen.

Zur Aussperrung in der Metallindustrie

wird uns geschrieben: Gestern Donnerstag vollendete sich die zweite Woche der Aussperrung. Die Aussperrung der Unterstützung ist glatt von flatten gegangen. Eine Einigung scheint aber heute ferner denn je. Die Unternehmer fordern nach wie vor bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit. Die Arbeiter aber sind entschlossen, bedingungslos die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Alle Versuche, die auf eine annehmbare Beilegung des Konfliktes hingingen, sind auch in dieser Woche gescheitert. Dabei ist zu beachten, daß nicht nur Versuche von Arbeitnehmern gemacht worden sind, sondern auch einige Unternehmer sich die erdenklichste Mühe gegeben haben, ihren Kollegen, den Direktor Neumann, umzustimmen. Es ist nun äußerst interessant, das Verhalten des Herrn Neumann bei diesen Dingen zu beobachten. Bekanntlich beschlossen Ende voriger Woche die Arbeiter einstimmig den Kampf fortzusetzen. Am Montag trat nun ein Industrieller an einen bisher bei ihm beschäftigten Arbeiter heran und frug, ob denn die Kommission der Former und Viehereiarbeiter der Maschinenbauanstalt auch den Direktor Neumann richtig verstanden habe. Er (der betreffende Industrielle) sei bei Neumann gewesen und sich durch Einsichtnahme in das Protokoll überzeugt, daß Neumann Zugeständnisse gemacht habe, daß er, Neumann, auch insbesondere geneigt sei, nach Wiederaufnahme der Arbeit mit den Arbeitern über die etwa noch verbleibenden Punkte zu verhandeln. — Es wäre deswegen doch angebracht, wenn die Kommission noch einmal zu Neumann gehe und eventuell unter Berufung auf ihn (den betreffenden Industriellen) Neumann noch einmal wegen der Zugeständnisse interpelliere.

Im Laufe der Woche ist nun die Kommission noch einmal bei Neumann gewesen um das „Mißverständnis“ aufzuklären. Als sie sich auf den Unternehmer und das diesem vorgelegte Protokoll bezieht, da erklärte Neumann, das sind ja schöne Sachen, wie kommt der Sch... ..

dazu, etwas Berichtigendes zu behaupten, da muß ich doch gleich mal antelephonieren!“ Besagt, getan. Als Neumann vom Telefon zurückkam, erklärte er den Kommissionsmitgliedern: „Ich weiß nicht, wie das zu geht, aber ich habe das merkwürdige Unglück, von allen Seiten mißverstanden zu werden.“ Er wollte ihnen, den Kommissionsmitgliedern, aber noch einmal sagen, daß er nicht machen dürfe. Er habe seine Marschroute vom Verbanne erhalten, und danach müsse er sich richten. Als die Kommission darauf aufmerksam machte, daß sie doch nicht als Verhandlungsvertreter hier bei ihm seien und er doch daher als einzelner Arbeitgeber könne und auch gewiß in der Lage wäre, ihnen zu sagen, ob nach Wiederaufnahme der Arbeit über die ganze Sache Verhandlungen zwischen ihm und der Kommission stattfinden sollen, ob er sich ihnen gegenüber nicht bestimme, erklärte er, daß sofort nach Wiederaufnahme der Arbeit verhandelt werden soll. Die Kommission erhielt auch hier wieder die Antwort, das könne er, Neumann, nicht zusagen, es sollte nur wieder angefangen werden zu arbeiten.

Wer hat nun mißverstanden, Neumann, die Kommission oder der seine Meinungen mit seinem Namen bedeckende Unternehmer, auf dessen Veranlassung die Kommission noch einmal vorstellig wurde?

Die Arbeiter sind sich einig darüber, daß so keine Einigung zustande kommen kann und der Friede nur ein fauler Friede wäre.

Nun sind ja die Unternehmer zusammen gewesen und haben unterm 2. Mai über weitere Maßnahmen Beschluß gefaßt. Danach sollen weitere Tausende ausgesperrt werden. Inwieweit und wo ist noch nicht gesagt, so viel aber steht fest, daß auch dagegen die Arbeiter heräusset sein werden, und daß der schließliche Erfolg dieser Maßnahme sein wird ein immer engerer Zusammenschluß der Arbeiter in ihrer Organisation.

Aus diesen Ausführungen mag die „Schief. Zig.“ entnehmen, daß ihre Hoffnung, die sie heute ausspricht, die „Streiklisten“ der Organisationen würden wohl nicht mehr lange Stand halten, wohl eine eitle bleiben wird.

Von anderer Seite erhalten wir noch folgende Zuschrift:

Zur Aussperrung der Metallindustrie ist zu bemerken, daß die Unternehmer mit fleißiger Anstrengung versuchen, Ersatz für die ausgesperrten Arbeiterkräfte heranzubringen. Es gelingt ihnen nicht. Obwohl die in der christlich-katholischen Fachabteilung organisierten Holzarbeiter, acht Mann hoch, auf Gehalt ihrer Leistung zu streben getroffen sind, und nun wieder in ihre alten Arbeitsstellen zurückkehren, so hat sich doch Nennenswerthes noch nicht zugetragen. Namentlich die Holzarbeiter haben Bezugsgarant zu verzeichnen. Es wird nicht lange dauern, und die Betriebe werden sämtlich vollständig lahmgelegt sein. So wollen es ja die Unternehmer. Uns kann es recht sein. Wie man die Arbeitswilligen zu fördern versucht, zeigt folgender Kasus, der denen zur Unterstreichung vorgelegt wird, die wieder in Arbeit treten wollen:

Ich erkläre hierdurch ehrenrätlich durch eigene Namensunterschrift, wieder einer Organisation zur Zeit anzugehören noch innerhalb der letzten 14 Tage angeführt zu haben, auch keinerlei Streikunterstützung durch die Organisation der Metallarbeiter oder den Christ-Dumder'schen Gewerbeverein zu erhalten. Die Zahlung von Lohnersatz durch die Firma erfolgt unverbündlich, sobald mit ein tragbarer Anspruch auf Fortzahlung nicht eintritt. Ich belenne, darauf verwiesen worden zu sein, daß die Unterstreichung lebensfalls wegfällt, sobald ich mich irgendwie am Streik gegen die Firma beteilige. Weiterhin belenne ich, daß ich mich des Betruges schuldig mache, falls ich mich der Wahrheit zuwider als nicht organisierter Arbeiter bezeichne, und in die Listen eintrage bzw. Unterstreichung von der Firma in Empfang nehme. Es ist mir ausdrücklich erklärt worden, daß die Zahlung auch unter der Voraussetzung nicht erfolgen würde, daß Ersatz durch den Metallarbeiterverband oder den Christ-Dumder'schen Gewerbeverein in Aussicht gestellt wird.

Und diese Leute beschwerten sich über den Terrorismus der organisierten Arbeiter!

Der Boykott gegen die „Scala“

zeitigte am letzten Sonntag schon ein besseres Resultat als vor acht Tagen. Unsere Posten waren um 7 Uhr zur Stelle, aber es gab nichts zu tun. Um 8 Uhr kamen die ersten 4 Gäste. Die Musikkapelle war nur 2 Mann stark, während es am letzten Sonntag noch 6 Mann waren. Um 10 Uhr gesellte sich noch 1 Trompeter dazu. Um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr langten die ersten 2 Paare, anwesend waren ganze 8 Personen. Um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr wurden 87 Personen gezählt, getanzt wurde in vielen Touren gar nicht, die Höchstzahl betrug 4 Paare, trotz des angekommenen Trompeters, um 1 $\frac{1}{2}$ Uhr waren 83 Personen anwesend. Um die Tänzer aufzurütteln, wurden die letzten drei Touren angefaßt, aber dann immer weiter gespielt. Um 12 Uhr waren 49 Herren und 35 Damen im Saale, getanzt haben höchstens 8 Paare. Dann aber verließen verschiedene Damen mit ihren Herren das Lokal, sobald am Schluß noch 35 Herren und 22 Damen zu sehen waren. Auf der Straße waren diesmal nur zwei uniformierte Beamte anwesend gegen vier, die am vorigen Sonntag gezählt wurden.

* Auch die Beschwerde des Genossen Albert gegen die Ablehnung seines Haftentlassungsantrages ist von der Strafkammer abgelehnt worden. Die Verhandlung gegen Rühls und Albert soll bereits in etwa 14 Tagen stattfinden.

* Der Verwaltungsbericht des städtischen Schlacht- und Viehhofes, der in dem städtischen Verwaltungsbericht für 1901/02 enthalten ist, hat in verschiedenen seiner Teile insofern ein allgemeines Interesse, als er ein klares, lehrreiches Bild über die Ursachen und die erste Entwicklung der Fleischnot gibt, unter deren Wirkungen wir heute noch schwer zu leiden haben.

Der Bericht stellt zunächst fest, daß im Zeitraum des Verwaltungsjahres 1900—01 eine nicht unbeträchtliche Steigerung der Preise, vor allem bei Schweinen, eingetreten ist, und daß ein gewisser Teil an sich viel weniger aufgefunden wurde als in den früheren Jahren; an manchen Markttagen sei die Zahl der wirklich guten Kühe und Schafe ja gering gewesen, daß sie in der Marktwelt gar nicht veräußert werden konnten.

Da die Grenzen für den Viehautrieb so art wie gang gesperrt sind, mußte der durch den regenlosen Sommer 1904 verursachte Ernährungsangel sowie das Mithalten der Viehbestände hervorgerufen, denn der Anstieg der Viehbestände mit besseren Ernten und deshalb besser abweichendem Vieh war ja es sich ganz besonders, wie sehr wir mit unserer Fleischviehbestock auf das Ausland angewiesen sind. Daran Arbeit auch nicht die Tatsache, daß der Gesamtautrieb von 297,056 Stück Tieren — von denen 87,5 Prozent aus Schlesien, 8,9 Prozent aus Posen und 3,6 Prozent aus Norddeutschland stammten — um 26,886 Stück gegen das Vorjahr gestiegen ist. Denn die Ursachen für diese Steigerung liegen ebenfalls nur in dem Viehmangel begründet, der die Landwirte zwang, ihr unrentables Vieh zu verkaufen. Die Aufzucht fleischerer und holzreicherer guter Schweine war so gering, daß 10,411 Stück Speckschweine von ausländischen Händlern aus Norddeutschland zugeführt werden mußten, um den Markt einigermaßen zu befriedigen. Bei den Schafen aber ist direkt ein Wiederautrieb von 5,07 Prozent zu verzeichnen gewesen, der darauf zurückzuführen ist, daß die Schafhaltung und Schafmast in Schlesien stetig zunimmt. Nicht weniger beachtenswert sind die Erhebungen, die bei 6 den Markt regelmäßig besuchenden Händlern aus verschiedenen Landteilen darüber vorgenommen wurden, ob die Schweine von Domänen (Gütern über 400 Morgen) oder von Privatgütern (Wäldern unter 400 Morgen) stammen. Es zeigt sich da lebhaft, daß von der Preissteigerung nur die großen Besitzer Vorteile gehabt haben, die kleinen Bauern aber Schaden. Denn diese sechs Händler hatten im Jahre 1903—04 8,8 Prozent ihres Autriebs von Domänen, 8,2 Prozent von Wäldern und 83,2 Prozent von Privatgütern bezogen, 1904—05 aber 17,6 Prozent von Domänen, 9,8 Prozent von Wäldern und 72,7 Prozent von Privatgütern. Während also der Autrieb von Wäldern um 1,6 Prozent, von Domänen aber um 8,9 Prozent stieg, sank er bei Privatgütern um 10,5 Prozent.

Der Viehmangelherd führt bei dem Vieh zu, daß die hohen Marktpreise den kleinen Viehhältern abhandeln, die Schweinefleisch einzuführen, während die Großgrundbesitzer die höher gehende Konsumtion ausnutzen, indem sie unter Verflechtung von Körnerabfällen und Milchschlüssen ihre Schweinefleisch in vorteilhafter Weise zu erweitern in der Lage waren.

Von dem auf unserem Viehhofe aufgetriebenen Vieh nimmt natürlich der größte Teil auf unseren Schlachthof über, dessen Gesamtverbrauch mit 221,096 Stück Vieh den des Vorjahres um rund 8000 Schweine und 7000 Kühe, aber nur 400 Kühe übertraf. Hierzu kommen noch etwa 31,000 Stück Vieh, die dem Schlachthofe direkt — also nicht erst über den Viehhof — zugeführt wurden, amüßend 5000 weniger als im Vorjahr.

Die Fleischergebnisse der Schlachtungen sind im Verwaltungsverichte auf 24,133,895 Kilogramm oder 1,503,878 Kilogramm Fleisch gegen das Vorjahr mehr angegeben; den Hauptanteil mit fast 12 $\frac{1}{2}$ Millionen hat hierbei das Schweinefleisch, dem Rindfleisch kommen nur fast 8 $\frac{1}{2}$ Millionen Kilogramm zu, dem Kalbfleisch etwas über 2 $\frac{1}{2}$ Millionen. Diese Fleischproduktion war das Ergebnis von 26,783 Rinder-Schlachtungen im Schlachthofe, ausschließlich des Seidenfleischhofes, das sind 1,3 Prozent mehr als 1903—1904; die Summe der übrigen Schlachtungen (Schweine, Kühe usw.) betrug 252,638 oder 3,6 Prozent mehr gegen das Vorjahr.

Von diesen Schlachtungen waren 14,9 Prozent der Kühe, 14,9 Prozent der Kühe und 4,1 Prozent der Schafe, solche nach israelitischem Ritus.

Die Schlachtungen sind erfolgt von 549 Rindern und 48 auswärtigen Lademästern, 46 Engrosfleischern, 215 Hausfleischern, 18 Rohfleischern und 12 Fleischwarenverarbeitern. Von den Lademästern beschäftigt 50 Betriebe gar keine, 372 Betriebe 1—2 Hilfspersonen, in 122 wurden 3—5 und in 4 Betrieben 6—10 Hilfspersonen benötigt.

An eigenen Arbeitern hatte der Viehhof 48, der Schlachthof 62 Hände und 17 Ausländer zur Verfügung. Durch die Fleischbeschau wurden erheblich gegen das Vorjahr mehr Tiere als zur menschlichen Nahrung ungeeignet befunden und deshalb den im Viehhofe angelegten Verwertungsabwärtigen überliefert, im ganzen 440 Stück, darunter 165 Schweine, 98 Kühe, 87 Kälber, 74 Pferde. Dagegen ist die Zahl der zur Viehhof überlieferten Tiere — 1419 Stück — gegen früher gesunken. Dasselbe war der Fall bei denjenigen Tieren, die sich nur mit brüchigen Krankheitserkrankungen befaßt erholten, und von denen deshalb nur die betreffenden Einzelstücke beschlagnahmt wurden. Diefem Schicksale verfielen 25787 Tiere. Wie wenig es trotz der aus „sanitären Gründen“ durchgeführten Grenzsperrung mit der Gesundheit des einheimischen Viehs gut bestellt ist, erhellt man schon daraus, daß von den Rindern nicht weniger als 53,5 Prozent des Autriebs bei — allerdings meistens eben nur teilweisen — Beschlagnahme anbeimfielen, von den Schweinen 7,5 Prozent, von den Kühen 2,2 Prozent, den Schafen 5,3 und den Pferden 12,1 Prozent.

Mit Tuberkulose befaßt wurden 9117 Stück Kühe oder 33,9 Prozent des Autriebs befunden, bei den Schweinen waren es 4719 Stück oder 3,56 Prozent, bei den Rindern 0,3 Prozent, den Schafen 0,08 und den Pferden 0,1 Prozent. Hierbei ist festzustellen, daß die Tuberkulose im Allgäu befallig zu sein scheint; wenigstens gegen das Vorjahr sind die Prozentziffern — die immer noch hohe bleiben, namentlich bei den Rindern — um ein wenig gefallen. Mit entzündlichen Krankheiten befaßt waren 211 Stück Kühe und 64 Schweine, die teilweise noch auf der Viehhof Verwertung fanden. Außerdem wurden 19 trichinöse Schweine festgestellt, von denen 18 vertriebt wurden.

Von sozialer Bedeutung dürfte es sein, daß für das Freibanklokal die bisherigen Räume nicht als zu klein erachtet haben, ebenso wie die innere Ausstattung den an einen Fleischverkaufsaal zu stellenden Anforderungen nicht entsprach. Die umgestalteten Lokalitäten bestehen nun aus einem von der Straße zu erreichenden und mit Säulen versehenen Wartezimmer, der von der zweiten Abteilung durch ein Geländer mit schmalem Durchlaß getrennt ist. In diesem Durchlaß werden von dem in einem verglasten Räume stehenden Freibankkassier die Karten für die verschiedenen Fleischsorten an die Käufer abgegeben, während diese in der zweiten Abteilung selbst bedient werden, indem sie an eine die dritte Abteilung abtrennende Ladentafel treten. Durch einen besonderen Ausgang nach der Straße verlassen die abgefertigten Käufer das Lokal. Seit Inkrafttreten des Fleischbeschaugesetzes vom 1. April 1903 ist nach dem Verwaltungsverichte die Menge des Fleisches, das in rohem Zustande auf der Freibank zum Verkauf kommt, relativ in die Höhe gegangen: Es wurden nach erfolgter Sterilisation, also abgekühlt, 15,922 Kilogramm Rindfleisch, 3928 Kilogramm Schweinefleisch und 1304 Kilogramm Kalbfleisch verkauft, in rohem Zustande aber 112,223 Kilogramm Rindfleisch, 28,489 Kilogramm Schweinefleisch und 4168 Kilogramm Kalbfleisch. Sowohl roh wie abgekühlt ist der Gesamtverkauf gegen das Vorjahr geringer geworden, wenn trotzdem der Umsatz von 156,317 auf 162,170 Mark gestiegen ist. So liegt das daran, daß auch auf der Freibank die Preise des Fleisches in die Höhe gegangen sind.

Wie gesagt, der jetzt erscheinende Verwaltungsbericht zeigt uns vorläufig nur die ersten Anfänge der Fleischkalamität, in ihrer ganzen Bedeutung und Größe aber wird man sie erst aus dem nächsten Berichte entnehmen können.

* Zur letzten Volksversammlung am 18. Mai, die uns vorhinige komische Oper „Der Wasserschmid“ bringen wird, erfolgt die Willkommensfeier morgen Sonnabend Abend im Gewerkschaftsaale.

Verantwortlicher Redakteur: Ludwig Hübner — Redaktion und Expedition: Neue Wochenschrift 5/5 — Redaktion: Neue Wochenschrift — Druck von Th. Göttsch S. m. b. H. — Jährlich in Breslau, 1000 1. Auflage.

Deutscher Reichstag.

98. Sitzung, Donnerstag, den 3. Mai, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky. Auf der Tagesordnung steht die sozialdemokratische Interpellation betr. die

Ausweisung russischer Staatsangehöriger.

Sie hat folgenden Wortlaut: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der Polizeipräsident von Berlin mit Billigung des preussischen Ministers des Innern im Widerspruch mit Artikel 1 des deutsch-russischen Handels- und Schiffvertrages vom 28. Juli 1901 russische Staatsangehörige in Massen des Landes verweist? Und was bedeutet der Herr Reichskanzler gegen diese ungesetzlichen Maßnahmen zu tun?

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Die Fremdenpolizei unterliegt zwar der Beachtung des Reiches, aber ihre materielle Regelung und Handhabung ist den Einzelstaaten überlassen. Von dem deutsch-russischen Handelsvertrag werden laut ausdrücklicher Bestimmung die polizeilichen Angelegenheiten nicht berührt. Auch besteht kein besonderer deutsch-russischer Niederlassungsvertrag; auch wenn ein solcher bestände, würden die Vorschriften der Fremdenpolizei davon nicht berührt. Aus allen diesen Gründen lehnt der Reichskanzler die Beantwortung dieser Interpellation ab, ganz abgesehen davon, daß es für die Reichsbehörden ganz unausführbar wäre, die Ausweisungen in verschiedenen Bundesstaaten zu prüfen. (Leb. Beifall rechts und b. d. Hall.)

Abg. Singer (Soz.) beantragte auf Grund des § 33 der Geschäftsordnung Besprechung der Interpellation 1904 abgelehnter.

Die Besprechung der Interpellation wird mit dem Einverständnis der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und eines Teils desentrums beschlossen.

Abg. Bebel (Sozialdemokrat):

Als wir am 19. Januar 1904, am 27. Januar 1904 und am 17. März 1905 die Ausweisung russischer Staatsangehöriger zur Sprache brachten, standen der damalige Staatssekretär v. Richthofen und der Reichskanzler selbst Rede und Antwort. Ich verhehle also nicht, warum heute der Reichskanzler die Verantwortung der Interpellation ablehnt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wohl sind die Ausweisungen können, haben die Reichsbehörden alle Ursache, sich um diese Ausweisungen zu kümmern. Die Ablehnung der Beantwortung ist eine neue Probe von der Geringschätzung, mit der der deutsche Reichstag behandelt wird und wir haben alle Ursache, uns gegen eine solche Geringschätzung zu wenden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es mag ja sein, daß eine Zentruminterpellation über denselben Gegenstand nicht abgelehnt worden wäre. Da wir hier im Reichstage aber ablehnberechtigter Partei sind, haben wir Anspruch darauf, daß der Reichskanzler auch unsere Interpellation beantwortet. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Zweifellos haben nach den Bestimmungen des deutsch-russischen Handelsvertrages russische Staatsangehörige das Recht, sich in Deutschland niederzulassen und hier Handel und Gewerbe zu betreiben. Im allgemeinen wird von dem Recht der Ausweisung Gebrauch gemacht, wenn ein Ausländer öffentlichen Unterhaltung in Anspruch nimmt, oder vor der Gefahr steht, in eine solche Lage zu geraten, oder ein Verbrechen oder Vergehen begangen hat oder sich aus irgend einem Grunde politisch „missliebiger“ gemacht hat. Gründe braucht die Polizei nicht anzugeben. In Bezug auf die Fremden befindet sich die Polizei auch in konstitutionellen Staaten noch heute in der Lage der alten absoluten Könige. — In ganz besonderem Maße sind die russischen Staatsangehörigen der Gefahr der Ausweisung ausgesetzt. In erster Linie gilt das von Preußen. Aber auch eine Reihe anderer deutscher Staaten sind dem Beispiel gefolgt. — Es ist allgemein bekannt, daß vor den russischen Judenverfolgungen, die an Gräueln die mittelalterlichen Judenverfolgungen Deutschlands erreichten, eine Menge Leute der verschiedensten Gesellschaftsklassen nach dem Westen geflüchtet sind. Unter den Flüchtlingen befinden sich Kaufleute, Fabrikanten, Geschäftsbesitzer, Gelehrte, Studenten, Handwerker, Händler, Arbeiter, Dienstboten usw. Die Schließung so vieler russischer Hochschulen erklärt die hohe Bitter der Studenten. Ein gewaltiger Strom ist es, anzunehmen, daß sich irgendwie in beträchtlicher Anzahl Revolutionäre unter den Flüchtlingen befinden haben. Die russischen Revolutionäre wissen sehr wohl, daß Deutschland für sie

kein gefährlicher Boden

ist. — Mit einer wahren Begeisterung haben die Polizeipräsidenten von Berlin und den Nachbarorten ausgewiesen und dabei eine merkwürdige Vorliebe für die Gleichheitsüber an den Tag gelegt, indem sie unterschiedslos Männer und Frauen, Reiche und Arme, Arbeit-

geber und Arbeiter auswiesen. So befindet sich unter den Ausgewiesenen eine 75jährige Dienstmagd (Hört, hört! bei den Soz.), ein millionenschwerer Goldhändler und ein Arbeiter der Holzwirtschaft, der durch die Ausweisung seiner Interessen von Handel und Industrie gefährdet werden. — In Russland haben die Ausweisungen einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Man droht sehr ernsthaft mit dem Boykott deutscher Waren. So schädlich für einen einzelnen Staatsangehörigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man denkt auch gar nicht daran, mit diesen Ausweisungen aufzuhören, wie sich aus der Antwort ergibt, die der preussische Minister des Innern einer Deputation der jüdischen Gemeinde und des Hilfsvereins deutscher Juden in Berlin etwa als Lobredner auftreten könnten, hat sicher nicht mitgeteilt. Erstens kann von einer solchen Lobrednerrede überhaupt nicht die Rede sein und zweitens spielen derartige Motive bei der preussischen Polizei sicher keine Rolle. Die Polizei kratzt unter und der meiste Teil der Schlotbarone, taubende und aber-tausende russischer, rumänischer und sonstiger Arbeiter über die Grenze zu ziehen, um die Löhne der heimischen Arbeiter zu drücken. Sie tun nichts dagegen, daß diese vor Schmutz starrenden Arbeiter die elendlichsten Krankheiten nach Deutschland tragen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wollte der preussische Minister des Innern dagegen einschreiten, so würde er bald von seinem Sessel fliegen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir haben zwar keinen konstitutionellen Staat, wohl aber einen kapitalistischen. Und auch der König von Preußen und seine Minister sind nichts als

Diener der kapitalistischen Gesellschaft.

der sie zu verwalten haben. (Leb. Beifall bei den Soz.) Redner berichtet eine Anzahl Einzelfälle. Nur eine kapitalistische Freundschaft zwischen von Christen kann diese sinnlosen Ausweisungen erklären. (Stürmischer Beifall bei den Soz.) In Frankreich, das mit Russland alliiert ist, leben unangelegentlich russische Sozialdemokraten. Die preussische Polizeibrutalität ist eben in keinem anderen Kulturstaat heimisch. (Zustimmung bei den Soz., kurze Rede.) Ja, Herr v. Oldenburg, Sie haben aus Ihrem Herzen ein Mörder gemacht. Aber uns gegenüber würden Sie ein Mörder sein, wenn Sie nur könnten! (Abg. v. Oldenburg: Sie auch uns gegenüber!) Das wollen Sie ab! (Lachen rechts.)

Millionen von Deutschen leben in der Fremde gestreut, da hätte Deutschland doppelt und dreifach Grund, in der Behandlung Fremder möglichst große Toleranz zu zeigen. (Lebhafter Beifall.) — Nach dem Staatssekretär von Richthofen sind die Anarchisten vogelfrei und werden in ganz Europa ausgewiesen. Wir billigen das nicht und verlangen, daß auch Anarchisten nur dann ausgewiesen werden, wenn sie sich Taten haben zu schulden kommen lassen. Unter den Ausgewiesenen befindet sich aber gar kein Anarchist. Höchstens ist einmal einer aus Reugierde in eine anarchistische Versammlung gegangen. Angenommen, Herr von Oldenburg ginge einmal in Paris in eine anarchistische Versammlung und würde daraufhin von der französischen Polizei als Anarchist ausgewiesen, was würde er wohl dazu sagen? (Heiterkeit.) Was bewirkt man eigentlich mit diesen Ausweisungen? Will man an den Ausgewiesenen die Haltung Russlands in Marcinus strafen? Will man Russland ärgern? Oder will man Deutschland vor ein paar sozialistischen Studenten bewahren, die doch bei den 3 Millionen deutscher Sozialdemokraten nicht in Betracht kommen? (Große Heiterkeit.) In Deutschland befolgt man nicht die Praxis der preussischen Polizei. Der Minister des Innern erklärte in einer Reichsrats-Sitzung, er begriffe das Sammeln von Geldmitteln zu Gunsten russischer Flüchtlinge und habe verboten, daß die Ausweisungsgesetze in der

rücksichtslossten Weise

gehandelt werden sollen. Damit verleihe man die Haltung unserer Minister! (Sehr laut links.) Die Herren von der Rechten führen immer das Christentum im Munde; aber ihre Taten sind alles andere eher als christlich. Statt, wie die Gebote des Christentums und der Menschlichkeit verlangen, unglückliche Flüchtlinge gastfrei aufzunehmen, brutalisiert und mißhandelt man sie. Und es ist doch eine Ehrenpflicht des Staates, sich gegen Ausländer menschlich zu zeigen, das hat selbst Herr Spahn vom Zentrum im vorigen Jahre hervor-gehoben und sein verkörpelter Parteiführer Winter hat sich schon in den 70er Jahren in demselben Sinne ausgesprochen. Die Polizei beantragt sich nicht mit der gewissenlosen Vernichtung friedlicher Existenzen. Sie sucht durch Drohung mit der Ausweisung Ausländer verbrecherischen Zwecken dienlich zu machen. (Hört, hört! bei den Soz.) Sie wendet dabei Traktaten an, die wir sie zur Zeit des Sozialistengesetzes in Hülle und Fülle erlebt haben.

(Hört, hört! bei den Soz.) Hier vor mir liegen die Akten eines Falles, die ich gern den Vertretern der Regierung übergeben würde, wenn noch einer von ihnen am Plage wäre. Ein wohlhabender russischer Kaufmann in Schwaberg erfährt von seinem Hausverwalter, einem Schutzmann, daß er mit der Ausweisung bedroht werde. Er wendet sich an einen Bekannten, den Herrn v. Brodhausen, der sich für einen entfernten Verwandten des Herrn v. Brodhausen und jeden-falls ein Agent der politischen Polizei war. Dieser Herr v. Brodhausen verspricht dem Kaufmann, mit Hilfe seiner ausgezeichneten Verbindungen seine Ausweisung zu verhindern. Gleich darauf er-bieten der Kaufmann und sein Dienstmädchen die Ausweisung zu-ober. Der Kaufmann geht sofort zu Herrn von Brodhausen. Dieser nahm ihn mit nach Wilmersdorf, Kottbusplatz 5, in eine Weintraube und stellte ihm den Hauptmann a. D. Polizeikommissar Schöne vor. Dieser wurde die Zurücknahme seiner Ausweisung bewilligt, allerdings gegen die bedingte Verabredung hatten den Zweck, den russischen Kaufmann durch das Damoklesschwert der Ausweisung zu hochverräterischen

Diebstahl gegen sein Vaterland

zu bewegen. (Leb. Hört, hört! b. d. Soz.) Dem Kaufmann wurde die Naturalisation versprochen, er mußte sich aber-tausen lassen (Bewegung) und er würde alsdann ein Ein-kommen von 10.000 bis 14.000 Mark haben. Ich habe hier die Bescheinigung, die dem Kaufmann gegeben wurde. Mit Rücksicht auf die deutschen Staatsinteressen und aus Schamgefühl unterlasse ich es, hier die Bescheinigung öffentlich zu verlesen. (Große Bewegung.) Hier sind die Stichworte angegeben für die militärischen und sonstigen Geheimnisse, die der betreffende in Russland aus-baldornen und hier melden soll. (Bewegung.) Das Berliner Polizeipräsidium hat diesem russischen Kaufmann auf den deutschen Namen Ernst Heider einen falschen Paß ausgestellt (Bewegung) und ihm, weil er als Jude nicht nach Russland hineinge-kommen wäre, fälschlich attestiert, daß er Christ sei. Mit der Ausstellung dieses falschen Paßes hat das Berliner Polizei-präsidium ein

Verbrechen begangen.

(Leb. Beifall b. d. Soz.) Diebstahl gegen sein Vaterland. Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht sauer, daß das Berliner Polizeipräsidium Verbrechen begangen hat. (Stürmischer, anhaltender Beifall b. d. Soz.)

Abg. Bebel (fortfahrend): Das erste Mal ist es nicht, daß solche Fälle in Deutschland vorgekommen sind. Ich erinnere an den Defert-Akzom-Prozess und an den Defertreicher Singard-Stück, der unter ganz ähnlichen Verhältnissen von der Berliner Polizei zu Spitzdiensten gezwungen wurde. Aber damals lagen keine gefälschten Pässe vor. Die von mir erwähnten Aktenstücke sind im Original schon heute in den Händen der russischen Regierung. Wenn überhaupt noch Vermerk in unserem Regierungsbüro ist, so wird der Polizeikommissar Schöne schon morgen aus dem Dienste entlassen und ihm der Prozess wegen Fälschung von Aktenstücken gemacht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man steht aus dem Vorbehalt, daß alle Urteile vorhanden sind, dem unerschütterlichen Balken der Polizei mit aller Energie entgegenzutreten. Es ist eine Gemeinwohlspflicht sonder-allein, ehrenwert: Männer direkt zum Verbrechen aufzufordern. Wir sind der Ehre Deutschlands schuldig, diesem Zustand ein Ende zu bereiten. (Lang anhaltender, stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Oldenburg-Jauschan (konservativ):

Wenn ich den Abg. Bebel recht verstanden habe, hat er den König von Preußen und die Minister als Diener der Kohlenbarone dargestellt. (Lachen b. d. Soz.) Er hat es nicht gesagt, aber es stimmt. (Heiterkeit.) Sollte er das gesagt, so wäre das eine Un-ver-schämtheit gewesen. (Gelächter b. d. Soz.) Ich freue mich darüber, daß diese Interpellation nicht beantwortet worden ist. (Beifall rechts.) Auch die Sozialdemokratie befolgt den Grundsatz: Wer nicht variert, fliegt! (Heiterkeit.) Es liegt im Interesse der anständigen deutschen Juden, russischen Juden den Aufenthalt hier zu verlagern. Besser ein hartes Verfahren, als ein zu schlappes. (Lachen links.) Unser Bedarf an Revolutionären wird reichlich im Inlande gedeckt, wir könnten mit Vorteil einen Exportartikel daraus machen. (Heiterkeit.) Ich bedauere, daß am 18. März Militär konstatiert worden ist, die Feuerprobe genügt vollständig. (Schallendes Gelächter.) Wohl aber wünsche ich, daß solche Versammlungen überhaupt verboten werden, da sie einen maßlosen Unfug darstellen. Sie müssen verboten werden, um späteres Blutvergießen zu vermeiden. (Zustimmung rechts, Unruhe links.) Revolutionäre müssen uns bar in der Hand zu haben. Wir sind ein Volk, ein Volk, ein Volk, das weiß der Herr v. Bortz. (Lebhafter Beifall rechts, lautes Lachen links.)

Aus aller Welt.

Der verhängnisvolle Revolververstoß. Gestern berichteten wir unter „Aus aller Welt“ unter der Spitzmarke: Wenn Polizisten unter sich sind. Wir trauen heute folgendes nach, wie es unser Magdeburger Parteiblatt berichtet: Ohne Hinterzucken sollte diesmal die Waffe nicht abgehen. Ein Schutzmann wurde durch einen Revolververstoß schwer verletzt und am Nachmittag, als sich draußen im „Rufparke“ die Maifeiernden harmloser Festlichkeit hingaben, hauchte der Bedauernswerte sein Leben aus. Freilich, Arbeiter, Raibemonstranten waren es nicht, die dem Mann die tödliche Verletzung beibrachten. Er fiel von der Kugel eines seiner Kameraden. Der Vorfall spielte sich im Polizeirevier am Breitenweg, im Hause zum Pfingsten ab. Die Beamten hatten natürlich wieder Revolver bekommen, damit sie die „Revolution“ im Keime ersticken konnten, und einer von ihnen, der Schutzmann Schicht, war damit beschäftigt, sich das Schießfeilen näher anzusehen. Offenbar war er nicht recht vertraut mit dem Mechanismus des Revolvergewehrs, denn plötzlich ging der Schuß los und die Kugel des dem Schutzmann Schicht IV in den Unterleib, ihm die Leber verletzend. Man nahm im Krankenhaus noch eine Operation an dem Unglücklichen vor, aber es war vergeblich, gegen 5 Uhr Nachmittags starb er. Der Verlorbene war ein bei seinen Kameraden und beim Publikum außerordentlich beliebter Beamter, der seinen Dienst immer mit viel Eifer und Umsicht verließ. Er stand im besten Mannesalter und hinterließ eine Frau, die in nächster Zeit ihrer Entbindung entgegensteht.

Kürzlich hat sich schon einmal ein Polizeibeamter mit seinem scharfen Säbel die ganze innere Handfläche aufge-schnitten. Diefem Vorfall reiht sich jetzt der Tod des Schutzmanns Schicht IV an. Beide Ereignisse sind Folgen der lächer-lichen Revolutionsangst der herrschenden Kreise und der Eucht, durch übertriebene Schneidigkeit zu glänzen.

Auch ein „Schutzmann“. Beschuldigt des Verbrechens im Amt hatte sich der Kriminalbeamte Seifert vom Polizeipräsidium vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin zu verant-worten. Seifert soll dem berühmten Darlebenswandler Fritz Ullig gegen Entgelt Informationen aus amtlichen Aktenstücken er-zählt und so der Gang der gegen Ullig und Genossen geführten Untersuchung verraten haben. Im Antrage des Polizei-präsidenten führte ein Kommissar Protokoll. Der Angeklagte Seifert

wurde zu sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehr-verlust verurteilt.

Zugentleistung. Bei der Ansahrt des Güterzuges 7268 in Gagen fuhr der Güterzug 6317, der das Einfahrtsignal über-fahren hatte, ihm in die Flanke. Zwei Maschinen und 13 Güter-wagen entgleiteten. Sie sind zum Glück nur leicht beschädigt. Ein Bremser und ein Heizer sind verletzt.

Der Leichenfund auf der Berge „Borsfla“. Die zutage gebrachten 22 Leichen von Bergarbeitern sind, wie ferner gemeldet wird, furchtbar entstellt, mumienhaft eingetrodnet und stellenweise mit Schmutzmassen überzogen. Die Ursache der Durchdringung des menschlichen Fleisches nach den Leichen war vor einigen Tagen vom königlichen Oberbergamt in Dort-mund erteilt worden. Dienstag Abend wurde mit der Bergung begonnen und Mittwoch damit fortgefahren, nachdem ein Be-amter des Bergwerks die Arbeiten beauftragt hatte. Bisher konnte nur die Persönlichkeit eines Toten festgestellt werden. Die Leichen wurden in Summifäden zutage gefahren und sofort eingepackt. Die Bestattung wird voraussichtlich am Sonnabend erfolgen. Die drei noch fehlenden Toten konnten noch nicht ge-funden werden. Die Lage der geborgenen Leichen läßt erkennen, daß die Bergungslücken einen schweren Todeskampf gehabt haben. Die Oberkörper waren entblößt; man fand die Genden bei den Wetterföhren, wo sie von der Verunglückten be-zu benutzt wurden, die Rippen zu verstopfen, um die einbringenden Giftgase fernzuhalten. Der Zechenplatz liegt ganz ruhig da. Im Publikum wurde die Kunde von der Leichenbergung ruhig ausgenommen; hier und da hört man Vergleiche mit Courtesen und die Vermutung, daß auch die Toten von der „Borsfla“ nicht erstickt, sondern verhungert seien.

Die älteste Frau in Deutschland lebt, wie die „Tägliche Rundschau“ berichtet, im Dorfe Spikendorf, im Bage-rißer Wald. Es ist die Holzhauerstochter Josefa Eber, die am 19. März ihr 118. Lebensjahr vollendet hat, eine Tante, die pfarramtlich beglaubigt ist. Sie ist noch so rüstig, und frisch, daß sie auf den beschwerlichen lässigen Wegen ihrer Heimat gelegentlich ungeachtet der Jahreszeit barfuß geht. Vor 68 Jahren bereits hat sie ihren Mann verloren, der ihr außer ihren drei Kindern nicht viel mehr hinterließ. Jetzt lebt sie bei ihrer ältesten Tochter, die 85 Jahre ihr eigen nennt, und pflegt un-zählige Enkel und Urenkel. Noch voriges Jahr ging die rüstige Greisin zu Ostern nach dem eine gute Stunde entfernten Pfarr-dorfe Ertling zur Besuche. Das will, wer das bergige Gebiet im bayerischen Wald kennt, schon viel heißen, und manche um 50 Jahre jüngere Frauen unterläßt aus dem Grunde schon den Besichtig. Aber das Beste! Von was hat sie das alte Weib-lein Zeit ihres Lebens genährt? Von der rauhen Kost: Camere-Rückhülle, Weib-knödel, Sauerkraut und Karloffeln. Weib-knödel kennt man ja in

dieser Gegend fast nur vom Hörensagen. Ihre Angehörigen tun für das „Urahl“ bei ihren täglichen Mitteln, was sie nur ver-mögen, und die Hauptsache dabei ist, daß das alte Weiblein nur den Sorgenbrecher des schwebeligen Geschlechts, den Kaffee, am Morgen nicht entbehren darf.

Der Alkoholgehalt des Brotes. Den extremen Anti-alkoholischen ist ein großer Schmerz widerfahren: durch neuere Untersuchungen ist einwandfrei festgestellt, daß jedes Brot al-koholhaltig ist. Es ist ja bekannt, daß die beim Brot beim Baden zugelegte Gese eine Zerlegung des Weizens hervorruft unter Entwicklung von Kohlenäure und Alkohol. Beide, so-wohl Kohlenäure als auch der Alkohol, sind bei der Tempera-tur des Backofens gasförmig und bewirken das Aufgehen des Brotes, weil eben die Gase bei ihrer Entstehung das Brot aufstreben. Die Hohlräume des Brotes sind also ursprünglich mit Kohlenäure und Alkohol dampf angefüllt. Die beim Baden entstehende Menge Alkohol hat der bekannte Chemiker Gra-ham am um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts für London auf fast anderthalb Millionen Liter berechnet. Ueber die im Brote zurückbleibende Menge Alkohol machte zuerst Th. Wals-angaben, der den Alkoholgehalt des englischen Brotes auf 0,2 bis 0,4 Prozent berechnete, das heißt ein zwei Pfund-Brot zum Beispiel enthält 2 bis 4 Gramm Alkohol. Da ein gewöhnliches Schnapsglaschen etwa 10 Gramm enthält und der Schnaps im allgemeinen wohl nicht mehr wie 35 Prozent Alkohol enthält, so entspricht die von Wals in einem Zweifelpfundbrote gefundene Menge Alkohol etwa einem Glas voll Schnaps. Neuerdings wurden nun von Dr. Otto Bohl exakte Bestimmungen ge-macht, die er jetzt im 15. Heft der Zeitschrift für angewandte Chemie veröffentlicht. Er verwendete allerdings deutsches Brot für seine Untersuchungen, doch dürften wohl keine wesentlichen Unterschiede zwischen deutschem und englischem Brot bestehen. Die von Bohl erhaltenen Werte sind nun nicht unerheblich niedriger ausgefallen, als die von Wals gefundenen. Er fand auf 20 Pfund Brot, das mit Sauerteig bereitet war, etwa acht Gramm Alkohol und auf die gleiche Menge mit Backhefe gebadetes Brot etwa 5 Gramm Alkohol. Die Untersuchungen bezogen sich auf Weizenbrot. Ob nun die Differenzen der einzelnen Unter-suchungen sich aus der verschiedenen Frische des Brotes er-klären — frisches Brot wird natürlich alkoholreicher sein — oder in der früheren Arbeitsweise der letzten Untersuchungen ihren Grund haben, der Alkoholgehalt des Brotes steht jeden-falls fest. Nehmen wir zum Beispiel ein zwei Pfundbrot, in einem Zweifelpfundbrot etwa 1,5 Gramm Alkohol enthalten sind, und rechnen wir, daß ein erwachsener Mann etwa 2 Pfund Brot an einem Tage verzehrt, so wird er in einem Jahre etwa 550 Gramm Alkohol im Brote zu sich nehmen gleich etwa 1,4 Liter Schnaps. Nach diesen Untersuchungen dürften die extremen Anti-alkoholiker auch kein Brot mehr essen.

den Wirt, und wenn man dann weitere Vorläufe des Magistrats abwartet hätte. Aber da man nun einmal in den Ausschüssen kommunale Grundstücke aufgestellt habe, so müsse er seine Bedenken äußern. Willkürlich sei die Festlegung der Preise seit 1908. Es seien seit jener Zeit schon Spekulationen auf Grund des in Aussicht stehenden Brückenbaues gemacht worden, und die Wirtchen könnten nicht herangezogen werden können. Auch gegen die Heranziehung von unbedeutenden oder minderwertig bedauerten Grundstücken habe er Bedenken; er bitte, die Vorlage an die Ausschüsse zurückzuverweisen, aber im Prinzip anzuerkennen, daß die Anliegerbeiträge erhoben werden müssen, denn der Absatz der auf Kosten der Steuerzahler auszuführen unterlassen habe. Oberbürgermeister Dr. Bender will zunächst die Ursachen suchen, warum die Vorlage mit solcher Energie bekämpft werde. Es sei höher leichter, eine solche Vorlage hier zu bekämpfen, als sie zu verteidigen. Man könne die ganze Situation sehr wohl verstehen, wenn man daran denke, daß im Herbst die Wahlen bevorstehen. Hier handle es sich nur darum, prinzipielle Beschüsse zu fassen. Nachher sei auch der Magistrat gewillt, möglichste Billigkeit walten zu lassen, die Beiträge erst zu erheben, wenn die Grundstücke bebaut oder verkauft sind usw. Wenn die Wirtchen, die hier den Grundbesitz vertreten, die Vorlage bekämpfen, so geschähe das, weil ihnen das Gesetz nicht gefalle; das Gesetz sei aber da und müsse respektiert werden.

Stadt. Schütz weist darauf hin, daß man bei der ersten Beratung der Vorlage zwar ausdrücklich erklärt habe, man wolle sie zu keiner Parteifrage machen, daß sie aber doch eine Parteifrage geworden sei. Die Stadtverordnetenversammlung habe alle Veranlassung, den § 9 des Kommunalabgaben-Gesetzes hier zur Anwendung zu bringen, wenn sie nicht wolle, daß der Magistrat ein Gesetz, das anzuwenden er gezwungen sei, mißachten solle. Wenn Herr Zebulka sage, weite Kreise der Bürgerschaft hätten Protest gegen die Vorlage erhoben, weil der § 9 bisher noch keine Anwendung gefunden habe, so sei das doch ein sehr tadelschweres Argument. Wenn ein Unrecht hätte doch nicht bestehen dürfen, weil es schon früher festgestellt habe, sondern es müsse wieder gut gemacht werden. Ferner werde die Vertheilung der Grundstücke an der Kaiserbrücke bestritten. Der Oberbürgermeister habe aber früher bereits nachgewiesen, daß jetzt schon in der Nähe der Kaiserbrücke die Grundstücke bis zu 100 Prozent und höher gestiegen seien, und er in diesem Saale Leute sehe, von denen die Stadt Grundstücke gekauft habe, bei denen der Preis von 2½ bis 3 Mark pro Quadratmeter auf 10 und dann auf 30 Mark gestiegen sei. Niemand aus der Stadtverordnetenversammlung habe den Versuch gemacht, diese Angabe zu widerlegen. Wie sich die Hausbesitzer bei der maßlosen Agitation für ihre Sonderinteressen in Widerspruch verhielten, das zeige die bekannte Eingabe des Bezirksvereins der Scheitniger Vorstadt. Dort bestehe es zu Anfang, daß die Heranziehung zu den Beiträgen „berechtigt“ sei und „einem gesunden, gerechten Empfinden“ entspreche. Trotzdem aber heiße es dann weiter, daß die Erhebung der Beiträge „in jeder Form eine Ungerechtigkeit“ sei. Weiter steht auf dem Standpunkte, daß Gesetze, die einmal geschaffen seien, gehalten werden müßten (Lachen); aber ihm erscheine das Schicksal der Vorlage befestigt. Die Konserativen seien immer gegen die Anwendung von Gesetzen, die ihren Interessen ungewogen seien. Auch das sei unbestreitbar, daß im Hinblick auf die Stadtverordnetenwahlen dieser Kampf geführt werde. Wer aber hier persönliche Interessen vertrete, der mache sich eines Mißbrauches seines Mandates schuldig. Der zwei Jahre habe man sich im Prinzip für die Anliegerbeiträge erklärt, sich aber die Entscheidung für den einzelnen Fall vorbehalten. Und nun mache man es so, daß man erkläre, die Voraussetzungen tröfen nicht zu. Man werde einfach die Ausnahmen zur Regel machen. Wie haben allen Grund, dem Magistratsantrag zuzustimmen, auch auf die Gefahr hin, daß wir bei den Herren, die hier nur ihre persönlichen Interessen vertreten wissen wollen, Mißvergügen erregen.

Daß die Ausführungen den Kern der Sache trafen, das bewies der Widerspruch, auf den die Ausführungen des Oberbürgermeisters und des Genossen Schütz stießen und der sich in erregten Zu- und Zwischenrufen kennlich machte, besonders als der Oberbürgermeister noch einmal betonte, daß die Hausbesitzer die Neigung hätten, die Lasten, die dem Grundbesitz auferlegt würden, in den Vorbergrund zu rücken und daß sie bei ihrer Agitation vor keiner Demagogie zurückschrecken. Dieser Vorwurf, der sich vor allem gegen Herrn Finger richtete, rief einen scharfen Wortwechsel zwischen diesem und dem Oberbürgermeister hervor. Nachdem Herr Zebulka nach der resignierten Versicherung abgegeben hatte, daß er nach einer Wiederwahl nicht strebe und daß er bei seinen Ausführungen nur dem von allen Seiten angegriffenen Hausbesitzer habe helfen wollen, und nachdem Herr Stein die Erklärung abgegeben hatte, daß er für die Vorlage stimmen werde und damit beweisen wolle, daß seine Fraktion die Sache nicht vom parteipolitischen Standpunkte aus beurteile, wird dem Magistratsantrage im Prinzip zugestimmt, unter Annahme eines Antrages Richter, die Vorlage einer gemischten Kommission zu überweisen, die nach dem Antrage Zellberg zu einem Viertel aus Interessenten bestehen soll. Die übrigen Anträge der Ausschüsse und des Stadt. Zellberg werden abgelehnt.

Definitiv gewährt wird weiter der beantragte Zuschuß von 3000 Mark als Beihilfe für den zu gründenden Verband der hiesigen kommunalen, kirchlichen Stiftungen, Vereins- und privaten Armenpflege. Der Oberbürgermeister wird in nächster Zeit eine konstituierende Sitzung einberufen. Ein für die Unbefestigten recht belustigender Froschmäuselkrieg entspann sich noch zwischen Herrn Schütz II und dem Stadtrat Mich wegen der Stühle in den Logen des Stadttheaters. Die Herren warfen sich zum Gaudium des gesamten Auditoriums gegenseitig Ungehörigkeiten vor und sagten sich sonstige Lebenswürdigkeiten.

Der öffentlichen Sitzung folgte eine geheime.

Die Drechsler, organisiert im Holzarbeiter-Verbande, haben in aller Ruhe eine Lohnbewegung beendet, mit deren Erfolg man vorläufig zufrieden sein kann. Das Drechslerhandwerk hat ganz besonders unter der Umwälzung verschiedener Stufen in der Möbelindustrie zu leiden. Der sogenannte „Augschil“ mit seinen glatten Flächen und Kanten hat hunderte von Drechslergehilfen arbeitslos und

manchen Drechslermeister unendlich genützt. Mancher, der den Beruf des Drechslers ergriff, muß heute sein Brot als Hausknecht u. s. w. fristen. Es war darum ein Gebot der Selbsthilfe, daß die hiesige Drechsler-Gesellschaft für die organisierten Drechsler Forderungen an die Drechslermeister stellte. Anfangs schien es, als sollte es all den Kämpfen, die jetzt geführt werden, auch ein Streik der Drechsler hinzukommen. Jedoch hatte die Innung in letzter Stunde eine Sitzung mit den Arbeitgebern aufgelöst. In dieser wurde ein Lohnarif aufgestellt und abgeschlossen. Es erfolgte im Durchschnitt eine Lohnaufbesserung von zehn Prozent. Der Erfolg ist um so höher anzuschlagen, als bisher überhaupt ein Tarif noch nicht bestand. Der Tarif gilt ab 1. Mai 1908 auf ein Jahr.

Sache der Drechslergehilfen wird es nun sein, diesen Erfolg unter allen Umständen hochzuhalten und zu verteidigen. Wenn auch die Bewegung für die Drechsler-Innung abgeschlossen ist, so muß aber für Drechsler, die bei Tischlermeistern beschäftigt sind, noch ein weiterer Tarif zur Anerkennung gebracht werden. Es ist zu erwarten, daß auch dieser ohne besondere Erregung durchgeführt werden kann. Für die Bewegung kommen im ganzen 180 Mann in Betracht.

Die Geschwende des Genossen Mühs gegen die Aufrechterhaltung der Unterjochung ist von der Strafkammer abgelehnt worden. Es wurde daher sofort weitere Beschwerde beim Oberlandesgericht eingereicht.

Nach der „Kaiserbrücke“ Heinrich Sieck ist wieder, und zwar am Mittwoch Mittag, in Untersuchungshaft genommen worden. Wie wir übrigens erfahren, sollen nicht weniger als 80 Personen wegen der Striegauer-Mißstände unter Anklage gestellt werden. Wir meinen selbstverständlich nicht Schulleute. Wenn man bedenkt, daß die Polizei am Abend der Tat keine Verhaftungen vorgenommen hat, und daß unter den zur polizeilichen Vermittlung geladenen Personen sich eine sehr große Zahl von Verwundeten befunden hat, so kann man sich des Gedankens nicht erwehren, daß hier ein Vertrauensbruch von Seiten der Verbandshilfe gescheit haben, oder von einer anderen Stelle, die amtlich mit den Verwundeten in Verbindung trat, vorliegen muß. Die örtliche Ständesorganisation wird nicht umhin können, sich mit der Angelegenheit einmal zu beschäftigen.

Aus dem Soldatenleben Der Unteroffizier Friezel des Train-Bataillons Nr. 8 in Breslau stand vor dem Breslauer Kriegsgericht der ersten Division, unter Vorsitz des Majors v. Strang, angeklagt der Mißhandlung und vorchriftswidrigen Behandlung eines Untergehenden. Der Unteroffizier fehlte oft an dem Train-Bataillon und machte dabei in den Pausen und Pflanzungen. Da er seine Sachen meist nicht in Ordnung hatte, was der Unteroffizier schlecht auf den Mann zu sprechen. Er griff ihn daher in mehreren Fällen ans Kinn und Backen. Am 14. März kam Rohrer über eine Stunde zum Dienst des Pferdeputzens zu spät. Nach der eideschwörenden Aussage des Mannes soll der Unteroffizier ihn mit der Faust auf den Kopf geschlagen haben, wobei er die Gesichtshaut gleich rot machte und in ärztliche Behandlung sich begeben mußte. Der Vertreter der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Schudert, glaubt dem Unteroffizier, daß er gereizt worden, doch hätte er sich nicht zu Mißhandlungen verurteilen lassen sollen. Es seien mindestens acht Fälle der vorchriftswidrigen Behandlung erwieken, für jeden Fall beantrage er zwei Tage und zusammengezogen ganze 14 Tage mittleren Arrest. Der Anklagevertreter zweifelte nicht an und glaubte der Aussage des Mannes, daß er am 14. März gemißhandelt worden, der Unteroffizier gebe ja zu, ihn ans Kinn gestoßen zu haben. Für diesen Fall beantrage er drei Wochen Mittelarrest, im ganzen — vier Wochen. Dem Unteroffizier ist diese Strafe zu hoch, er beantrage milde Strafe, es seien alles nur geringe Fälle gewesen, durch die er den Mann nur „ermahnen“ wollte, seine Sache besser zu machen. Das Gericht nahm alles für erwieken an, erkannte aber nur auf gefindenen Arrest wegen seiner Führung und befristete den Unteroffizier wegen Mißhandlung in einem und vorchriftswidrigen Behandlung in acht Fällen zu zehn Tagen gefindenen Arrest.

Aus Schlesien und Polen.

Der Reaktionskandidat in Bentzen-Tarnowitz. Im Wahlkreis Bentzen-Tarnowitz ist, nach der „Nat.-Ztg.“, erster Bürgermeister Stolle-Königsblütte als Kandidat der deutschen Parteien, ausschließlich des Zentrums, in Aussicht genommen. Die Entscheidung über die Annahme der Kandidatur steht noch aus.

Ein ritterlicher Polk.

Herr Korfantsch, der tschechische Reichstagsabgeordnete für Kattowitz-Bezirk, hat, wie er mit folgender Bemerkung in seinem Blatte erzählt, einen Parteigenossen, den Herausgeber des „Gornoslagar“, Herrn Wschulke, mit einer „Gornoslagar“-geheißigen, weil letzterer es ausgelassen haben soll, daß Korfantschs Frau von einem Dritten durch einen Artikel im „Gornoslagar“ angeblich beleidigt wurde. Die Beleidigung soll darin bestehen, daß dieser Dritte, ein Kattowitzer Kaufmann Gajdich, der zunächst von Korfantsch probiert wurde, die Behauptung aufstellte, Korfantsch sei bei Korfantsch Verkauferin gewesen, wobei Korfantsch die weitere Bemerkung, daß es im Warenhaufe Korfantsch nur „Kasche“, das heißt minderwertige Ware gebe, auch als auf seine Frau gemünzt ansah und nun diese in ihren „heiligsten Frauenhehre“ gekränkt erklärte. Warum der Redakteur Korfantsch dann den Redakteur Wschulke und nicht den eigentlichen „Beleidiger“ „ultra“ erachtet zunächst unverständlich, wie die ganze „Ehrenaffäre“ einfach lächerlich, als ein rechtes Dummengespinnst erscheint. Die Erklärung für Korfantschs rohes und lächerliches Verhalten findet sich aber vielleicht in seiner Mut darüber, daß Wschulke den „Gornoslagar“ an Korfantschs gefährlichen Feind Napieralski verkauft und so Korfantsch um die Früchte seines Vorgehens und sein Können schmählich betrogen hat.

So heimlich die ganze Sache an sich ist, so charakteristisch ist sie doch für den viel bewunderten „Held“ des ober-schlesischen Volkes.

Der Brauereiarbeiterverband

macht in der Provinz Schlesien erhebliche Fortschritte und erregt für seine Mitglieder schöne Erfolge. In letzter Zeit sind verschiedene Lohnarif, so mit der Brauerei Croitzsch bei Schweidnitz, mit der Schlesienschen Aktien-Gesellschaft in Silesberg sowie mit dem Besitzer der Brauerei zum Sanden Hause in Silesberg abgeschlossen worden, die am 1. Mai in Wirkung traten und die neuen Vertretung der Arbeiterschaft, Regelung der Sonntagsarbeit, Erhöhung der Löhne, sowie einer Anzahl sanitärer Verbesserungen auch die Anerkennung der Organisation bringen. Lokalfeste derselben mancher in Schlesien außer in den

Weslausen Brauereien in Silesberg (Brauerei Garquardt und Wenzel-Gesellschaft), Brauerei Croitzsch, Ostau, Langenwies und schlesischen Brauereien in Silesberg. In weiteren Brauereien und Orten sind Verhandlungen im Gange. Die organisierten Arbeiter allerorts treten auf die Brauereiarbeiterorganisation anstehenden Firmen aufmerksam gemacht.

Das Unglück auf der Zittenergrube

soll sich infolge Gesteinsverschiebung ereignet haben. Die Strecke ist vier Meter lang zu Brüche gegangen und verschüttete die vier dort Beschäftigten, die sie nur an Rettung denken konnten. Die Rettungsarbeiten erklärten sich dadurch, daß die Strecke erst verbart werden mußte. Der angefundene Schleppler weiß schwere Kopf- und Beinverletzungen auf. Erst nachdem über 40 Hölzerlasten (etwa 400 Btr. Kohle) entfernt waren, fand man gegen 1/2 Uhr zwei Verschüttete auf. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Eine Stunde später fand man erst den dritten Toten. An der Wiederherstellung der zerstörten Strecke wird eifrig gearbeitet. Wen die Schuld an dem Unfall trifft, läßt sich nicht feststellen. Die „Breslauer Morgenpost“ tut der Verwaltung den Gefallen, anzunehmen, daß das Unglück auf eine der vielen Zufälligkeiten im Bergbau zurückzuführen ist.

Ein Erziehungsresultat aus der besten aller Welten.

Bürgerliche Blätter berichten: In dem nicht weit von Bentzen gelegenen, viel besuchten Wallfahrtsort Deutsch-Pietar will eine alte Frau entdeckt haben, daß die Barbara-Figur in einer Kapelle den Kopf gebreht und in ihren Hüften einen besonders schmerzlichen Ausdruck angenommen hat. Seit diesem Zeitpunkt bildet die Kapelle ununterbrochen das Ziel von Hengstern, die nach Tausenden zählen. Selbst aus russisch-Polen finden sich Wunderglaubige ein. Pfarer Bielonski erklärt die ganze Wundergeschichte wiederholt und immer wieder in der denkbar natürlichsten Weise: Bei der Abnahme von verbotenen Früchten hat die Barbara-Figur eine neue Stellung bekommen und im Gesicht einige Veränderungen erlitten. Diese Veränderung des Gesichtes beruht aber ihre Wirkung, die einflügeligen Menschen lassen sich ihren Glauben an ein Wunder nicht nehmen und pilgern in immer neuen Scharen zur vermeintlichen Wunderstätte.

Erst werden die jungen Menschen in der Schule zu Übergläubigen und Dummheit ertragen und dann wandert man sich, wenn sie ihr Leben lang abergläubisch und unwissend bleiben, so abergläubisch, daß sie dem Pfarer seinen Glauben schenken, wenn er sie wirklich einmal ein klein wenig aufzuklären versucht.

Glogau, 3. Mai. Ein Seuchenherd in von der Gutsverwaltung in Glogau künstlich hergerichtet worden.

Dem „Nieder-schlesischen Anzeiger“ hat darüber geschrieben: Ein Stein des Anstoßes ist schon seit längerer Zeit der durch unseren Ort fließende Graben, der auch die Abflüsse der Gutsbrennerei enthält. War es in den letzten Jahren noch immer einigermaßen erträglich, so ist in diesem Jahre der üble Geruch aus Kostamität geworden, denn auch die Abflüsse der Leiche im Gutsport, mit denen der Graben in Verbindung steht, senden ihre Abflüsse den Geruch aus. In diesen kleinen Leichen oder Schwimmern seit einiger Zeit eine Ummenge Kadaver vom Schaf, die den Hühnern als Futter hineingeworfen wurden, einzelne Schafleichen liegen in offenem Schlamm, nicht einmal vom Wasser überpült, eine Weite für Würmer und Stacheln. — Was wird die Stadtverwaltung nun unternehmen, um dem Uebelstande abzuhelfen?

Glogau, 3. Mai. Wegen Gotteslästerung und Beschimpfung einer Einrichtung der katholischen Kirche wurde von der Strafkammer des hiesigen Landgerichts der aus Ludwigsdorf, Kreis Neisse, kommende Brauereigeheile Emil Schubert zu sechs Monaten Gefängnis, sechs Wochen Haft und zur Uebertreibung an die Landespolizeibehörde verurteilt.

Schubert hat, als er sich im Februar in Neurode befand, dort in einer Kapelle vor einer Christusfigur, sowie einer Engelsfigur angepöbeln, „Piss!“ geschrien und geklappert, daß er die Christusfigur vom Kreuze schlagen werde. Der Angeklagte suchte sich damit zu entschuldigen, daß er an jenem Tage „zu los“ betrunken gewesen sei. Der Gerichtshof stellte jedoch seine Schuld auf Grund der Beweisannahme fest.

Wir entnehmen diese Notiz der katholischen „Neisser Zeitung“.

Kattowitz, 3. Mai. Lebendig begraben. Der frühere Förster, jetzige Hausbesitzer Josef Czajkowski, welcher am 4. Januar v. J. im Schönwitzer Revier bei Kattowitz den Förster Banjick erschoss und dem Wirtschaftsassistenten Müller durch einen Schuß so verletzte, daß er die Gehirnhaut auf einem Auge einbüßte, wurde heute vom Schwurgericht zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Kattowitz, 3. Mai. Einen Strafbescheid hatte die hiesige Polizei dem Genossen Stefanek geschickt, weil er angeblich vor Jahresfrist kein Gewerbe als Kopierbuchhändler nicht entsprechend den gesetzlichen Vorschriften angemeldet haben sollte. Während nämlich die Reichsgewerbeordnung eine einmalige Anmeldung des Gewerbes bei der Ortsbehörde fordert, will die Kattowitzer Polizei, daß das Gewerbe sowohl der kommunalen Steuerbehörde wie auch der Polizeibehörde angemeldet werde. Stefanek beantragte gerichtliche Entscheidung und legte vor dem Schöffengericht eine amtliche Bescheinigung des Magistrats über die gemäß § 14 der Reichsgewerbeordnung erfolgte Anmeldung des Gewerbes vor. Ob das Bureau, in welchem § 14 die Anmeldung erfolgte, ein Steuerbureau oder ein Polizeibureau war, wisse er nicht, er habe sich daran genügen lassen, auf diesem Bureau eine den Vorschriften des Gesetzes entsprechende Bescheinigung erhalten zu haben und nicht geglaubt, sich noch ein zweites Mal irgenhow melden zu müssen. Das Gericht hob dem auch den polizeilichen Strafbescheid auf und sprach Stefanek kostenlos frei, da nach Ansicht des Gerichts der Angeklagte seine von der Gewerbeordnung geforderte Anmeldepflicht erfüllte und die Kattowitzer Polizei kein Recht habe, über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus eine nochmalige Anmeldung zu fordern.

Für die zahlreichen Gewerbetreibenden, die bisher hoffentlich nicht auch in Zukunft — von der ungesetzlichen Forderung der Polizei betroffen wurden, ist das Urteil jedenfalls bemerkenswert.

Kattowitz, 3. Mai. „Gut unterstötet“ scheint die Kattowitzer Zeitung über allehand wichtige Vorankündigungen zu sein.

Die Wahrheit liegt in ihren Zeilen wie lautes Gold und bringt Licht und Aufklärung in die Köpfe der braven Oberschlesier. Ueber die abgehackte Hand des Bierhülers Litzewald in Breslau fällt das Wort frisch darauf los, es sei alles wie zu erwarten war, ein zum Zweck der Verbeugung erfindener Schwindel. Das „parteilose“ Blatt „klingt hier fest“ aus — dem Breslauer „Anzeiger“ nach — die Aussagen des Pastors Rüttele: „Niemand sei die Hand nicht abgehauen worden, sondern zerhauen, und zwar von einem beliebigen Schuppmann aus dem Grunde, weil Niemand dem Pferd in die Fänge gefallen. Die Hand sei schließlich im Hospital abgenommen worden. Die Behauptung der „Volksmacht“, die abgehackte Hand sei von Arbeitern aufgehoben und in die Redaktion des Blattes gebracht worden, lengethane sich danach vor.“

Ja, die Behauptung der „Volksmacht“ würde sich „kennzeichnen“, wenn der Bierhändler Litzewald derselbe Arbeiter gewesen wäre, dem die Hand „abgehauen“ worden wäre. Es

